



Das Akzeptanz-Radar in der Energieflächenpolitik

Discussion Paper im Rahmen des BMBF-Projekts „Wachstum, Widerstand, Wohlstand als Dimensionen einer regionalen Energieflächenpolitik“

Sven Wurbs/Susanne Schön –
inter3 Institut für Ressourcenmanagement

Berlin
November 2015



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1 Energiewende: Vom Widerstand zur Akzeptanz - geht das?	4
2 Warum Akzeptanzradar?	5
2.1 Technikeinstellungen und Akzeptanzbewertungen.....	5
2.2 Mit dem Akzeptanz-Radar Einwände auf den Schirm holen	6
2.3 Den Prototypen testen: Anliegen und methodisches Vorgehen	9
2.3.1 Datenerhebung	9
2.3.2 Datenaufbereitung und -auswertung.....	11
3 Erkenntnisse über regionale Einwände	14
3.1 Einwandthemen	14
3.2 Einwendergruppen.....	16
3.2.1 Regionenübergreifende Betrachtung	16
3.2.2 Einwendergruppen in der Region Wittenberg.....	17
3.2.3 Einwendergruppen in der Region Elbe-Elster.....	18
3.2.4 Einwendergruppen in der Region Tirschenreuth.....	19
3.3 Einwandtypen	20
3.4 EE-Technologien.....	23
3.4.1 Einwandthemen und -typen bei der Windenergie.....	23
3.4.2 Einwandthemen und -typen bei der Solarenergie.....	24
3.4.3 Einwandthemen und -typen bei der Biomassenutzung.....	25
3.4.4 EE-Technologieübergreifende Einwandthemen und -typen	26
4 Beispielhafte Strategiebildung für die Untersuchungsregion Landkreis Wittenberg	28
4.1 Einwendergruppen oder „Mit wem haben wir es zu tun?“	29
4.2 Die Themen oder „Worum geht es den Akteuren?“	30
4.3 Wind - Biomasse - Solar oder „Welche Technik stößt auf Akzeptanz?“	33
4.4 Ansätze für Strategien oder „Wie sieht ein sinnvolles Ganzes aus?“	34
5 Erfahrungen mit dem Prototyp des Akzeptanz-Radars	37
5.1 Hilft es mögliche Akzeptanzprobleme pragmatisch zu erfassen?	37
5.2 Hilft es mögliche Akzeptanzprobleme schnell zu visualisieren?	38
5.3 Hilft es einen strategischen Umgang mit Einwänden zu entwickeln?	38
5.4 Unterscheidet sich das Akzeptanz-Radar von anderen Analysen zur Akzeptanz?	39
6 Ausblick zur Weiterarbeit mit dem Akzeptanz-Radar	41
Literatur	43

Zusammenfassung

Der Umbau des Energiesystems hin zu einem höheren Anteil erneuerbarer Energien (EE) führt u.a. zu einer Dezentralisierung der Energieproduktion. Statt vereinzelter Großkraftwerke gibt es nun viele kleinere Anlagen – mal als einzelnes Windrad, alleinstehende Solar- oder Biogasanlage und mal konzentriert als Wind- oder Solarpark. Die steigende Zahl von Anlagen macht die Energieproduktion nicht nur wahrnehmbarer. Mit ihr steigt auch die Notwendigkeit geeignete Flächen zu finden sowie der Bedarf, die Gründe für die Flächenwahl im jeweiligen Umkreis angemessen zu vermitteln. Die Flächen für EE-Anlagen müssen auf der Ebene der Kommunen bereitgestellt werden. Die Bewohner und Anlieger der Kommunen sind es dann auch, die vermehrt mit den (un)erwünschten Wirkungen der EE-Anlagen konfrontiert werden. Um die Energiewende auch lokal mit Mehrwert für die Region voranzutreiben, wünschen sich daher viele Städte und Gemeinden Instrumente, die ihnen die Umsetzung von EE-Projekten bzw. die Unterstützung der Umsetzung von EE-Projekten erleichtern. Solche Instrumente und Handlungsempfehlungen für die Politik werden im Projekt „W³ - Wachstum, Widerstand, Wohlstand als Dimensionen einer regionalen Energieflächenpolitik“¹ erarbeitet.

Eines dieser Instrumente ist das vom inter 3 Institut für Ressourcenmanagement entwickelte Akzeptanz-Radar. Das Akzeptanz-Radar soll unterschiedliche Einwendergruppen, unterschiedliche Einwandtypen und Einwandthemen zu EE-Projekten identifizieren, die relevanten Gesichtspunkte im Überblick visualisieren und so die Entwicklung einer regional orientierten Gesamtstrategie ermöglichen. Der Prototyp wurde im W³-Projekt erstmals angewendet und auf seine Funktionsfähigkeit, seinen Bearbeitungsbedarf sowie seine Aussagekraft hin getestet. Dazu wurden in drei Untersuchungsregionen, den Landkreisen Elbe-Elster (Brandenburg), Tirschenreuth (Bayern) und Wittenberg (Sachsen-Anhalt), die erforderlichen Daten mit Hilfe einer Regionalmedienanalyse erhoben, ausgewertet und die Ergebnisse sowohl regionspezifisch als auch überregional validiert.

Neben den umfangreich gewonnenen regionalspezifischen Ergebnissen lassen sich folgende übergreifende Erkenntnisse zusammenfassen:

Das Akzeptanz-Radar hilft bei der pragmatischen Erfassung möglicher Akzeptanzprobleme. Umfang und Methode der Datenerhebung *müssen und können* je nach Zielstellung angepasst werden. Neben der angewendeten Medienanalyse sind weitere denkbare Datenerhebungsmethoden z.B. partizipative Stakeholderworkshops, Umfragen oder Dokumentenanalysen. Die Auswertung der Daten lässt sich durch eine strukturierte Dokumentation transparent und nachvollziehbar gestalten.

Die Visualisierung der vorgebrachten kritischen Einwände, die auf dem Radarbild geordnet nach Einwandtypen und Einwendergruppen abgebildet werden, ermöglicht ei-

¹ Näheres unter <http://www.w3-energieflächenpolitik.de/w-2.html> (Stand: Oktober 2015).

nen schnellen Überblick und sinnvolle Aussagen zu Akzeptanzlagen. Da aus Platzgründen „nur“ kritische Einwände und keine Pro-Argumente abgebildet werden, *müssen und können* positive Stellschrauben für die Strategiebildung aktiv abgeleitet werden.

Als Strategieinstrument ist das Akzeptanz-Radar in den Untersuchungsregionen nicht direkt eingesetzt worden. Allerdings flossen die Ergebnisse – entsprechend den W³-Projektzielen – einerseits in die Entwicklung eines weiteren Instruments für die regionale Energieflächenpolitik, das Wohlstandsradar, ein. Andererseits konnte beispielhaft für den Landkreis Wittenberg gezeigt werden, dass aus Akzeptanz-Radar-Ergebnissen Ansatzpunkte für eine Strategiebildung abgeleitet werden können und diese sich prinzipiell mit konkreten Handlungsoptionen untersetzen lassen.

Ein Vorteil gegenüber anderen Verfahren zur Akzeptanzanalyse weist das Akzeptanz-Radar mit seiner prägnanten Visualisierung und dem dadurch möglichen transparenten Überblick über eine Akzeptanzlage auf. Auch die variable Einsatzmöglichkeit – eher praxisorientiert oder wissenschaftlich, eher operativ projektbezogenen oder strategisch – ist eine Stärke des Akzeptanz-Radars. Hinzu kommt die Möglichkeit zur Identifizierung von Voreinstellungen. Durch wiederholte Analysen gleicher oder ähnlicher Themenfelder und Problemfälle können demnach typische kritische Einwände und häufig auftretende Einwandergruppen herausgearbeitet und über die Visualisierung dargestellt werden. Diese aggregierten Voreinstellungen sind nach Ansicht der Autoren in der Lage, den Prozess der Datenerhebung zu verkürzen, da z.B. bei der Arbeit mit Stakeholdern direkt an diese Erkenntnisse anknüpfen werden kann.

Auf Basis der Testergebnisse wird im W³-Projekt derzeit v.a. an der Ableitung von Erkenntnissen aus dem Akzeptanz-Radar für die Kriterienerstellung beim Wohlstandsradar geforscht. Darüber hinaus soll in weiteren Test-Anwendungen erprobt werden, wie einzelne Arbeitsschritte für praxisorientierte Anwendungen noch leichter handhabbar gemacht werden können und ob durch die wiederholten Anwendung des Akzeptanz-Radars die angestrebten Voreinstellungen für bestimmte Akzeptanzlagen herausgearbeitet werden können.

1 Energiewende: Vom Widerstand zur Akzeptanz - geht das?

Der Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) findet letztlich in den Regionen statt, denn hier werden die Flächen für die Anlagen bereitgestellt und in Wert gesetzt. In den Städten und Kommunen zeigt sich, welche Lasten vor Ort zu tragen sind und wer letztlich profitiert. Die dezentrale Struktur macht die Energieerzeugung für viele Bürger sicht- und erfahrbarer. Die (betroffenen) Kommunen, die Bürgerschaft aber auch Experten, Unternehmen und Verbände bilden sich zum Thema jeweils ihre Meinung, äußern Bedenken und Kritik oder organisieren zum Teil konkreten Widerstand gegen EE-Projekte.

Ein weiterer und insbesondere regional orientierter Ausbau der erneuerbaren Energien kommt daher nicht darum herum, vorgetragene Einwände zu berücksichtigen. Es wird nicht zuletzt durch steigende Flächenkonkurrenzen (stetig steigende Versiegelung, EE-Ausbau, Nahrungsmittelproduktion, Energiepflanzenproduktion, Flächenspekulation, Naturschutzflächen, etc.) immer wichtiger, besser zu verstehen, welche Kritikpunkte vorgetragen werden, wie viele und welche Akteure diese vortragen, welches kritische bzw. widerständige Potenzial vor Ort existiert und ob bzw. wie stark die vorgetragenen Einwände verhandelbar sind.

Unter anderem mit diesen Fragen beschäftigt sich das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Wissenschaft-Praxis-Projekt „Wachstum, Widerstand, Wohlstand als Dimensionen einer regionalen Energieflächenpolitik“, kurz W³. Übergeordnetes Ziel des Projektes ist es, das dynamische Wachstum bei der Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern, Widerstände vor Ort sozialverträglich zu verringern und den regionalen Wohlstand durch eine optimierte EE-Nutzung zu mehren. Dazu werden im W³-Projekt geeignete Instrumente zur Unterstützung von Flächennutzungsentscheidungen und die Bewertung von Umsetzungsalternativen von EE-Projekten entwickelt und erprobt.

Eines dieser Instrumente ist das vom inter 3 Institut für Ressourcenmanagement entwickelte Akzeptanz-Radar (Schön et al. 2013). Es dient dazu, in unterschiedlichen Themenfeldern vorgetragene Einwände herausarbeiten, diese zu strukturieren und visualisieren zu können. Zielt ist es, Einwände und deren Wirkungszusammenhänge besser zu verstehen, um möglichst breit getragene Umsetzungsstrategien entwickeln, Projektkonzepte entsprechend anpassen oder entstehende Lasten abfedern und letztlich auch Vorteile auf möglichst viele (regionale) Schultern verteilen zu können. Mit dem W³-Projekt wurde das Akzeptanz-Radar erstmalig in der Praxis erprobt, d.h. kritische Einwände zu erneuerbaren Energien wurden in den drei Untersuchungsregionen mithilfe des Instruments systematisch erfasst, ausgewertet sowie dargestellt. Ferner sind die entsprechenden Ergebnisse und gemachten Erfahrungen bei der Anwendung kritisch hinterfragt worden, um die Funktionsweise des Akzeptanz-Radars besser zu verstehen und das Konzept damit anpassen zu können.

Über den Aufbau und das Funktionsprinzip des Akzeptanz-Radars (Kapitel 2), die Ergebnisse der Erprobung (Kapitel 3 und 4) sowie die im W³-Projekt gemachten Erfahrungen mit diesem Instrument (Kapitel 5) berichtet das vorliegende Discussion Paper. Schlussfolgerungen für die künftige Arbeit mit dem Akzeptanz-Radar und für dessen Weiterentwicklung werden in Kapitel 6 gezogen.

Angemerkt sei, dass sich die Erprobung vor allem auf die Datenbeschaffung und -aufbereitung sowie die Visualisierung der Ergebnisse konzentrierte. Eine systematische Strategiebildung erfolgte nicht in allen drei Modellregionen. Die Strategiebildung wurde exemplarisch anhand der Untersuchungsregion Landkreis Wittenberg durchgeführt (siehe Kapitel 6) und auf eine Region beschränkt, weil die Erkenntnisse aus dem Akzeptanz-Radar – entsprechend der Zielstellung des W³-Projekts – verstärkt in die Entwicklung eines weiteren Instruments für die regionale Energieflächenpolitik einfließen. Dieses Instrument ist das sogenannte Wohlstandsradar, das den regionalen Mehrwert unterschiedlicher Umsetzungsoptionen von EE-Projekten abbildet und damit verhandelbar macht.

2 Warum Akzeptanzradar?

Das Akzeptanz-Radar lag zu Beginn des W³-Projekts bereits als Prototyp vor. Entstanden ist es aufbauend auf den Erfahrungen aus unterschiedlichen Infrastrukturprojekten des Inter 3 Instituts für Ressourcenmanagement. Das Ziel der Entwicklung des Instruments lag darin, den „Risikofaktor Akzeptanz“ für eine vorausschauende Vorhabensplanung dadurch greifbarer und somit auch besser verhandelbar zu machen, dass mögliche Widerstände rechtzeitig gescreent, überblicksartig visualisiert und zugleich strategische Handlungsspielräume aufgezeigt werden. Im Folgenden wird eingangs kurz darauf eingegangen, vor welchem Hintergrund der Prototyp entwickelt wurde. Anschließend wird dessen Funktionsweise und das methodische Vorgehen im Rahmen der Erprobung erläutert.

2.1 Technischeinstellungen und Akzeptanzbewertungen

Die Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber Technologien lässt sich mit den Schlagworten pragmatisch und ambivalent beschreiben. Chancen und Risiken werden gleichermaßen betrachtet. Einerseits werden Technologien als Motor der Wettbewerbsfähigkeit und des Fortschritts geschätzt, andererseits werden unerwünschte Nebenwirkungen des technischen Wandels kritisiert, die das persönliche und gesellschaftliche Leben eher belasten als bereichern (Renn 2005).

Seit fast fünfzig Jahren versuchen Politiker, Unternehmer und Verbände mit unterschiedlichen Methoden, Akzeptanz für ihre Entwicklungen und Vorhaben zu schaffen. Von der Produktentwicklung bis zu Atomkraftwerken, über die Gentechnologie bis zur Energiewende wurde ausprobiert und wieder verworfen, nichts funktionierte so richtig. Am Anfang setzte man auf Aufklärung. Die Annahme

dahinter war, wenn die Gegner erst mehr über den wahren Zweck und Nutzen der Technik wüssten, dann stelle sich Akzeptanz ganz rational und automatisch ein. Das Gegenteil war allerdings der Fall. Das aufklärerische Ansinnen lieferte den Gegnern eine Fülle von jetzt differenzierteren Argumenten frei Haus und festigte ihre kritische Haltung. Im nächsten Anlauf versuchte man mit wissenschaftlicher Hilfe herauszufinden, wie Einstellungen und Meinungen entstehen, um die Stellschrauben für eine größere Akzeptanz zu identifizieren – und anschließend an diesen zu drehen. Aber auch dieser sozialtechnologische Ansatz hat nicht die erhofften Wirkungen gebracht (Gloede/Hennen 2005).

Aktuell wird vor allem mit Beteiligungsverfahren experimentiert. Das macht durchaus Sinn, denn die Art der Einführung oder Durchsetzung einer Technologie spielt für die Akzeptanz häufig eine wichtigere Rolle als die Risiken, die mit ihr einhergehen (Renn a.a.O.). Doch auch Beteiligungsverfahren sind kein Allheilmittel, vor allem dann nicht, wenn die eingeräumte Beteiligung gänzlich folgenlos bleibt und die kritischen Dialogpartner sich nicht ernstgenommen fühlen. Zudem wird gerne übersehen, dass nicht jedes Akzeptanzproblem im Rahmen von Beteiligungsverfahren behandelbar ist. Dennoch wird dieser Weg zurzeit gern gegangen – möglicherweise aus Mangel an Alternativen und nicht, weil er so gute Ergebnisse bringt. So steuern wir manchmal eher auf einen „Beteiligungs-Overkill“ zu als auf die Lösung der Akzeptanzprobleme. Das ernüchternde Fazit der Technikfolgenforscher Gloede und Hennen lautet zugespitzt, dass sich im Laufe aller Jahre am Verhältnis zwischen Technikentscheidern und Technikbetroffenen im Grunde nicht viel geändert hat (a.a.O.).

2.2 Mit dem Akzeptanz-Radar Einwände auf den Schirm holen

Was tun als Entscheider? Der Ansatz des Akzeptanz-Radars besteht darin, erst einmal zu sortieren, womit man es zu tun hat, um dann entscheiden zu können, wie am besten strategisch damit umzugehen ist. Das Akzeptanz-Radar soll unterschiedliche Einwandergruppen, unterschiedliche Einwandstypen und Einwandsthemen identifizieren, die relevanten Gesichtspunkte im Überblick visualisieren und so die Entwicklung einer Gesamtstrategie ermöglichen, bestenfalls noch bevor sich z.B. in der Öffentlichkeit derart kritische Meinungen durchsetzen, die eine Projektumsetzung oder -anpassung nicht mehr möglich machen.

Das Akzeptanz-Radar ist also als pragmatisches Strategie-Instrument konzipiert, mit dem erwartbare und tatsächliche Einwände systematisch erfasst, in einer Visualisierung – dem Radar (siehe Abb. 1) – sichtbar und so einem strategischen Umgang mit den Akzeptanzlagen zugänglich gemacht werden sollen.

Im Akzeptanz-Radar werden zu bestimmten Themenfeldern oder Diskursen

- Einwandsthemen kartiert, damit deutlich wird, worum es konkret geht;
- Einwandergruppen kartiert, damit deutlich wird, mit wem man sich auseinandersetzen muss;

- Einwandtypen kartiert, damit man die Bedeutsamkeit und Verhandelbarkeit der Einwände einschätzen kann.

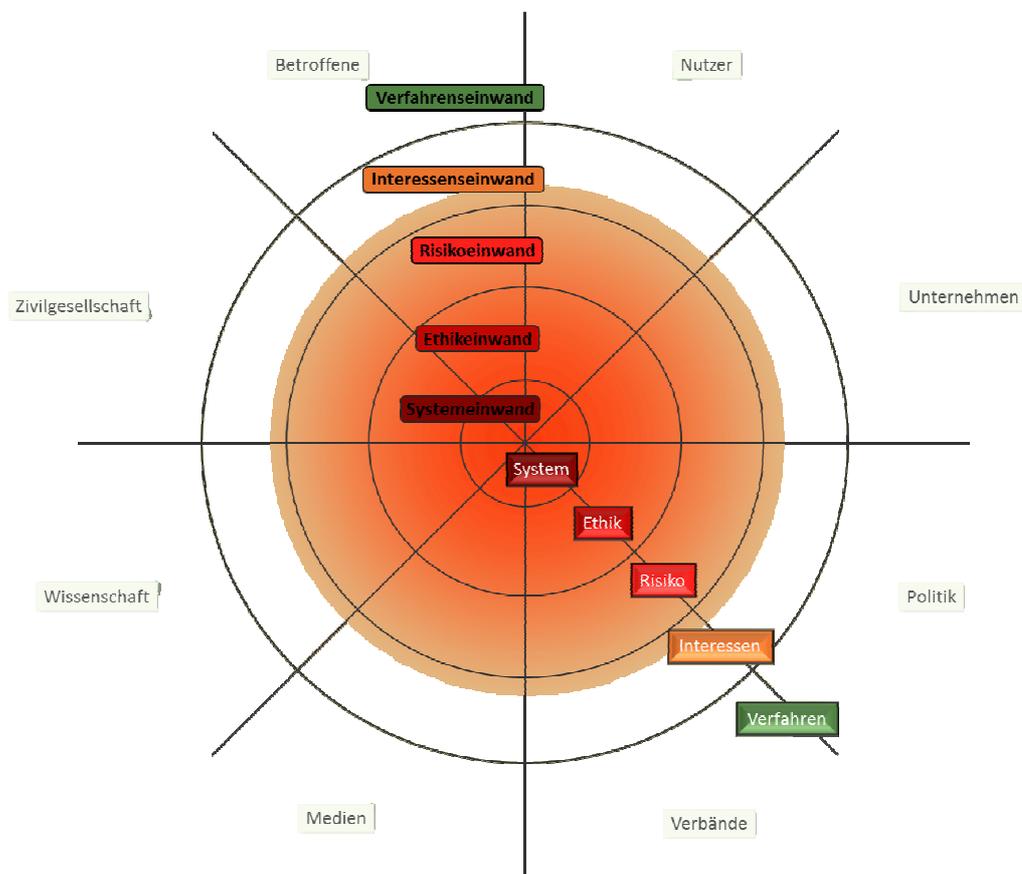


Abbildung 1: Prototyp eines Akzeptanz-Radars

Quelle: eigene Darstellung

Zu den potenziellen Einwandergruppen zählen die Nutzer der Technik wie Arbeitnehmer oder Verbraucher, die unmittelbar Betroffenen wie beispielsweise Anwohner oder Patienten, zivilgesellschaftliche Organisationen als mittelbar Betroffene bzw. Interessensvertreter, Wissenschaft und Experten als Sachverständige, Medien und Verbände als wichtige Multiplikatoren und Meinungsbildner sowie Politik und Unternehmen als Interessensträger. Das Akzeptanz-Radar ist in Radarabschnitte unterteilt – vergleichbar Tortenstücken –, welche den Einwandergruppen zugeordnet sind. In diesen Abschnitten werden die von den jeweiligen Akteuren vorgetragenen Einwände kartiert.

Die einzelnen Kreisscheiben stehen für die fünf unterschiedlichen Einwandtypen. Auf ihnen werden die Einwandthemen bzw. Einwände je nach Härte der Verhandelbarkeit abgetragen, abnehmend von innen nach außen. Je näher der Einwand am Zentrum kartiert wird, desto weniger verhandelbar ist er. Die Einwandtypen sind:

- Systemische Einwände: Sie werden vorgebracht, wenn eine Technologie oder ein Vorhaben mit der gruppenspezifischen Vision zur gesellschaftlichen Entwicklung

profitiert doch nur die XY-Industrie!“ oder „Das ist gegen unsere wirtschaftlichen Interessen!“ (wird allerdings selten so klar geäußert).

- Verfahrensbezogene Einwände: Sie richten sich gegen die Art und Weise der Um- und Durchsetzung einer Technologie oder eines Vorhabens. Typische Aussage: „Uns fragt ja keiner!“

Ziel ist es, mit einem pragmatischen Werkzeug potenzielle und gegebene Einwände nach allen denkbaren Seiten hin zu sondieren, zu sortieren, zu kartieren und darauf aufbauend Handlungsstrategien zu identifizieren. Dabei ist ein Akzeptanz-Radar immer eine Momentaufnahme, die aber zu verschiedenen Zeitpunkten erstellt und damit fortgeschrieben werden kann. So können auch die Effekte von Maßnahmen sichtbar gemacht werden. Es bereitet akzeptanzrelevante Informationen systematisch, nachvollziehbar und strategisch auf und stellt sie den Entscheidern zur Verfügung – aber es ist keine Akzeptanzbeschaffungsmaschine, die nach der Anwendung eine höhere Akzeptanz garantiert.

2.3 Den Prototypen testen: Anliegen und methodisches Vorgehen

Im Rahmen des W³-Projekts sollte der Prototyp am Beispiel der Nutzung der erneuerbaren Energien in den drei Modellregionen Elbe-Elster (Brandenburg), Tirschenreuth (Bayern) und Wittenberg (Sachsen-Anhalt) erstmals angewandt und getestet werden. Die Fragen, die sich an diese Erstanwendung stellten, sind:

- Hilft das Akzeptanz-Radar bei der pragmatischen Erfassung und Datenverarbeitung möglicher Akzeptanzprobleme?
- Ist die im Prototyp vorgesehene Visualisierung der Akzeptanzlagen machbar und unterstützt sie eine schnelle Erfassung der zentralen Probleme und Ansatzpunkte?
- Können auf dieser Basis strategische Ansatzpunkte für ein lösungsorientiertes Handeln identifiziert werden und lassen sich daraus prinzipiell Strategien für den Umgang mit Akzeptanzlagen entwickeln?

Die Erprobung erfolgt vor dem Hintergrund des W³-Projektziels, das in der Entwicklung und Erprobung einer regionalen Flächenpolitik für die Nutzung erneuerbarer Energien besteht. Angestrebtes Resultat des Projekts ist eine hinsichtlich verschiedener Kriterien optimale und in der Region akzeptierte und bestenfalls unterstützte Nutzung der Flächen für die Realisierung von EE-Anlagen in der Region anstelle eines „Wildwuchses“ innerhalb kommunaler Grenzen, der lediglich auf individuellen bzw. betriebswirtschaftlichen Renditeerwartungen basiert.

2.3.1 Datenerhebung

Die Basis für das Akzeptanz-Radar bietet im W³-Projekt eine Regionalmedienanalyse, bei der pro Untersuchungsregion jeweils die wichtigste regionale Zeitung betrachtet wurde. Für den Landkreis Wittenberg war das die „Mitteldeutsche Zeitung“, für den

Projektpartner Uebigau-Wahrenbrück³ im Landkreis Elbe-Elster die „Lausitzer Rundschau“ und für den Landkreis Tirschenreuth „Der Neue Tag“. Auf den Archivwebseiten dieser Publikationen wurde für einen Zeitraum von rund 10 Jahren, d.h. von Beginn 2003 bis Mitte 2013, nach Artikeln gesucht, die die erneuerbaren Energien zum Thema haben. Das Stichwort für die Suche in den Regionalzeitungen von Elbe-Elster und Tirschenreuth war „erneuerbare Energie“. Aufgrund der geringen Zahl an Treffern wurde in Wittenberg das Stichwort auf „Energie“ reduziert. Die als Ergebnis gelisteten Artikel wurden in einer Vorbegutachtung jeweils danach selektiert, ob sie einen direkten regionalen Bezug zu den Untersuchungsregionen aufweisen und inhaltlich verwertbar sind. Bei einem Drittel der Treffer war dies nicht der Fall, weil sie sich z.B. nur allgemein mit dem Thema erneuerbare Energien beschäftigten oder lediglich Veranstaltungsankündigungen enthielten. Sie wurden entsprechend aussortiert. Für 37 Artikel zur Region Wittenberg, 72 zum Landkreis Elbe-Elster und 390 zum Landkreis Tirschenreuth erfolgte eine systematische inhaltliche Analyse, differenziert nach den vorgetragenen Einwänden gegenüber erneuerbaren Energien (bezogen auf Windenergie, Biomasse und Solarenergie), danach wer die Einwände vorträgt (Einwendergruppen) und welcher Art, d.h. wie stark verhandelbar die Einwände sind (Einwandtypen). Die Dokumentation der Artikelinhalte erfolgte in Tabellenform, wobei Artikel, die (fast) gleichen Inhalts waren, nicht jeweils einzeln aufgeführt sondern bei Wiederholungen lediglich als Linkhinweis erwähnt wurden.

Die Regionalmedienanalyse erhebt nicht den Anspruch, die Einwände bzw. die Akzeptanzlage zu den erneuerbaren Energien in den Untersuchungsregionen vollständig abzubilden. Ihr Ziel besteht vielmehr darin, einen Einblick in die regionale Akzeptanz gegenüber erneuerbaren Energien zu erhalten. Der Grund für die Beschränkung auf die jeweils wichtigste Regionalzeitung in den Untersuchungsregionen liegt darin, mit einem vertretbaren Aufwand und vergleichsweise schnell, einen Zugang zur öffentlichen Meinung zu bekommen. Regionalmedien, so die Projektannahme, sind für diesen pragmatischen Ansatz ein gutes Mittel. Sie berichten nicht nur verstärkt über Ereignisse in Regionen und Städten (Bürgerversammlungen, Projektvorstellungen, Stadtratsentscheidungen, etc.), sondern ermöglichen es auch, ohne intensive Stakeholderbefragungen ein breites Meinungsbild, d.h. die Sichtweise vieler Akteursgruppen herauszuarbeiten, zumal über einen längeren Zeitraum hinweg.

³ Die gesonderte Erwähnung der Stadt Uebigau-Wahrenbrück verweist an dieser Stelle darauf, dass im Gegensatz zu den zwei übrigen Untersuchungsregionen die Stadt und nicht der Landkreis der regionale Kooperationspartner des W³-Projekts ist. Die Regionalmedienanalyse bezog sich dennoch, wie bei Wittenberg und Tirschenreuth auf die Ebene des Landkreises, in dem Fall den Landkreis Elbe-Elster. Dies ist einerseits der Vergleichbarkeit geschuldet, zugleich aber auch der Tatsache, dass innerhalb der begrenzten räumlichen Ausdehnung eines Stadtgebiets nur sehr wenige Flächen für einen Ausbau von EE-Anlagen bereitgestellt werden können.

2.3.2 Datenaufbereitung und -auswertung

Im Folgenden werden die **durchgeführten Arbeitsschritte** der Pilotanwendung des Akzeptanz-Radars im W³-Projekt überblicksartig dargestellt. Die Erläuterungen zur Handhabung und systematischen qualitativen Auswertung der Daten dient dazu, das Vorgehen transparent und auch für eine spätere Weiterentwicklung des Datenerhebungs- und -auswertungskonzepts nachvollziehbar zu machen.

In einem ersten Schritt wurden die in den **dokumentierten Artikeln** (siehe 2.3.1) vorgetragenen **Einwände identifiziert** und den jeweiligen **Einwandtypen zugeordnet**. Entsprechend dem Prototypen (siehe Abschnitt 2.2) wurde dabei zwischen systemischen, ethischen, risikobezogenen, interessensbezogenen und verfahrensbezogenen Einwänden unterschieden. Des Weiteren erfolgte für jeden der Einwände eine **Zuordnung** zu einer bzw. mehreren **Einwendergruppen**, je nachdem, wer diesen jeweils vortrug. Die Kategorisierung der Einwendergruppen und Einwandtypen wurde für alle drei Untersuchungsregionen gleichermaßen angewandt, um deren Ergebnisse miteinander vergleichen zu können. Als Einwendergruppen wurden aus dem Grundkonzept des Akzeptanz-Radars folgende Gruppen übernommen: Politik, Unternehmen, Medien, Wissenschaft/ Experten und Betroffene. Der klassische Nutzer tritt im EE-Bereich insbesondere bei kleinen Anlagen für den Privatgebrauch auf. Nutzer größerer Anlagen sind als Betreiber häufig selbst Unternehmer oder können der Gruppe der Betroffenen (z.B. im Fall der Senkung der EEG-Förderung) zugeordnet werden. Aus diesem Grund und weil der Schwerpunkt der regionalen Berichterstattung zu den Erneuerbaren bei größeren Anlagen lag, wurde auf die Einwendergruppe Nutzer verzichtet. Stattdessen wurde im Vergleich zum Prototyp die Zivilgesellschaft ausdifferenziert und zwar in die Gruppen Bürgerinitiativen sowie Verbände/Vereine. Letztere weisen gegenüber den Bürgerinitiativen einen höheren Organisationsgrad auf.

Die Zuordnung zu Einwendergruppen ist aufgrund von Überschneidungen oder doppelten Funktionen von Akteuren (z.B. Unternehmer und gleichzeitig Verbandsmitglied oder Betroffener) pragmatisch zu handhaben und kann nicht absolut trennscharf erfolgen. Im Fall von Überschneidungen richtete sich die Zuordnung nach der primären Rolle des jeweiligen Akteurs, d.h. danach, aus welcher Perspektive heraus er sich in dem Artikel äußerte.⁴ Der Einwendergruppe Betroffene wurden nicht organisierte Bürger zugeordnet bzw. solche, die in den Artikeln nicht als organisiert zu identifizieren waren. Ist ein Organisationsgrad gegeben, erfolgte eine Einordnung entweder in die (loseren) Zusammenschlüsse der Bürgerinitiativen oder die (stärker strukturierten) Vereine und Verbände. Bauern wurden als Unternehmer verstanden und der Gruppe der Unternehmen zugeordnet. Die Medien bildeten im Rahmen der Regionalmedienanalyse eine Art Sammelkategorie, denn Aussagen in den Artikeln,

⁴ Ist ein Akteur z.B. Betroffener eines EE-Anlagenbaus und zugleich Unternehmer, bringt seine Einwände aber insbesondere aus der Sicht eines Unternehmers hervor, wird er der Kategorie Unternehmen zugeordnet.

die nicht konkreten Akteuren zugeschrieben werden konnten, wurden in dieser Kategorie zusammengefasst. Vor diesem Hintergrund ist zu beachten, dass durch den Einstieg über eine Analyse dreier Regionalzeitungen den Medien natürlich eine gewichtige Rolle zukommt.

Im Anschluss an die Systematisierung der Artikelinhalte erfolgte eine erste **Visualisierung** der Ergebnisse, d.h. für jede der drei Untersuchungsregionen im Projekt wurde ein Akzeptanz-Radar erstellt. Dabei und teils bereits zuvor zeigte sich, dass es zur Strukturierung des Analyseprozesses und für die spätere Nachvollziehbarkeit hilfreich ist, Auffälligkeiten und Unstimmigkeiten direkt zu notieren sowie Grundannahmen und Zuordnungsprinzipien parallel zu den Arbeitsschritten möglichst genau zu dokumentieren. In diesem Sinne wurden z.B. bei der Erstellung der Kartierungen die Schlagworte, mit denen die Einwandthemen bzw. Einwände pointiert bezeichnet wurden, jeweils mit kurzen inhaltlichen Erläuterungen verknüpft. In diesen Notizen wird kurz beschrieben, was inhaltlich hinter dem Schlagwort steht und auf welche EE-Technologie(n) es sich jeweils bezieht. Ähnlich der Abgrenzung der Einwandergruppen, zeigte sich bei der Systematisierung der Artikel und der darauffolgenden Visualisierung, dass die Zuordnung der Einwände zu den Einwandertypen nicht immer trennscharf sein kann. Einzelne Aspekte stehen teils in direktem Zusammenhang und sind für mehrere Einwände von Belang. So werden die bei der Biomasseproduktion teils entstehenden Monokulturen u.a. mit Blick auf die Verminderung der Biodiversität kritisiert und zugleich wird der Artenschutz bzw. die Sicherung der Artenvielfalt als ein eigenständiges Argument benutzt. Unterscheiden sich die Argumentationsweisen, wurden beide Argumente kartiert. War dies nicht der Fall, wurden sie zu einem Element zusammengefasst. Bezüglich der Argumentationsweise ist zudem zu berücksichtigen, dass zwischen den Regionen ein gleichlautender Einwand bei unterschiedlicher inhaltlicher Ausprägung unterschiedlichen Einwandertypen zuzuordnen ist. Das Element Naturschutz kann beispielsweise im Falle konkreter Kritik an den Auswirkungen einer EE-Anlage für bestimmte Vogelarten risikobezogen ausfallen. Wenn mit dem Naturschutz wertbezogen argumentiert wird, ist das Element hingegen ein ethisches.

Nach der Erstellung der Kartierungen zu den Regionen, erfolgte eine projektinterne **Validierung**, d.h. sowohl die Kartierungen als auch die einwandergruppen- wie auch einwandtypenbezogenen Zuordnungen wurden kritisch reflektiert und den Erfahrungen der Praxispartner gegenübergestellt.

Der Validierung schloss sich die **systematische inhaltliche, qualitative Auswertung** entlang der Kategorien Einwandergruppe, Einwandtyp und EE-Technologie an (zu den Ergebnissen siehe Abschnitt 3). Dabei wurde verstärkt auf eigens erstellte tabellarische Übersichten und bei den Einwandtypen auf die Verwendung des Farbschemas des Prototypen (dunkelrot = systemisch, ... , grün = verfahrensbezogen; siehe Abb. 1) zurückgegriffen. Dies erleichtert die Identifizierung von Zusammenhängen z.B. zwischen vorgebrachten Einwänden oder zwischen Einwänden und Einwandtypen bzw. EE-Technologien. Ebenso können über diese

tabellarische Ordnungsstruktur einfacher wichtige Themenfelder sowie Dopplungen erkannt werden.

Die Auswertung erfolgte entlang der analytischen Kategorien Einwandthemen, Einwendergruppen, Einwandtypen und EE-Technologien. Hinsichtlich der **Einwandthemen** bzw. Einwände werden die vorgebrachten Argumente und Kritikpunkte regionenspezifisch wie auch regionenübergreifend analysiert. Um die Auswertung zu strukturieren und aufgeworfene Themenfelder zu erkennen, wurden die gefundenen Einwände selbst definiert und sich aus den Einwänden ergebenden Subkategorien zugeordnet (z.B. Technologie/Infrastruktur, Vorgaben, Strategien, Schutzgüter, Wirtschaft/Arbeit). Des Weiteren wurden Einwände, die eine inhaltliche Nähe aufwiesen daraufhin geprüft, ob sie für die jeweilige Region zusammengefasst werden können, d.h. ob es sich um inhaltliche Dopplungen handelt. Bei der **gruppenspezifischen Auswertung** der Einwände wird danach gefragt, welche Argumente in den Einwendergruppen vorgebracht werden und welchem Einwandtyp diese Argumente zuzuordnen sind. Ausgewertet wurden die erstellten Akzeptanz-Radare zunächst schrittweise Einwendergruppe für Einwendergruppe. Anschließend wurde einerseits gefragt, welche Beziehungen sich zwischen den Gruppen einer Untersuchungsregion identifizieren lassen und wie stark vertreten die Gruppen im Vergleich zueinander in der regionalen medialen Debatte zu den erneuerbaren Energien sind. Darüber hinaus wurden die gruppenspezifischen Ergebnisse der Untersuchungsregionen miteinander verglichen, um regionenübergreifende Mechanismen zu erkennen und einen Schritt hin zur Verallgemeinerung der Ergebnisse zu gehen. Bei der Auswertung nach **Einwandtypen** wird gefragt, welcher Art und wie gut verhandelbar die vorgebrachten Einwände sind. Die vierte Kategorie, nach der die Artikel ausgewertet wurden, ist die **EE-Technologie**. Dabei steht die Frage im Vordergrund, welche Einwände konkret gegen welche EE-Technologie (Windenergie, Biomasse, Solarenergie) vorgebracht werden. Zudem wird geschaut, wie stark die EE-Technologien in den jeweiligen Gruppen der Einwandtypen vertreten sind, um Potenziale für die Verhandelbarkeit von technologiebezogenen Akzeptanzproblemen herauszuarbeiten. Analysiert wurde auch, wie sich die Einwände gegen einzelne Technologietypen in den Regionen unterscheiden.

Den Abschluss der Auswertung bildete sowohl die **Aktualisierung** der regional-spezifischen **Kartierungen**, als auch die (erneute) **Validierung** der Analyse-ergebnisse und der Visualisierungen des Akzeptanz-Radars mit Hilfe der Regional-partner und wissenschaftlichen Projektbeteiligten. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass während des Arbeitsprozesses insbesondere im Rahmen der Projekttreffen regelmäßig Zwischenergebnisse vorgestellt und diskutiert wurden.

3 Erkenntnisse über regionale Einwände

Die in der Regionalmedienanalyse identifizierten Einwände gegen regionale EE-Vorhaben werden im Folgenden entlang der gefundenen Einwandthemen sowie den Auswertungskategorien Einwandergruppen, Einwandtypen und EE-Technologien vorgestellt. Dabei wird einerseits auf die regionalen Spezifika eingegangen – soweit vorhanden – und andererseits werden übergreifende Aspekte bzw. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Einwände gegen Erneuerbare zwischen den Untersuchungsregionen dargestellt.

3.1 Einwandthemen

Die gegen den EE-Ausbau oder die Art der Umsetzung in den Regionen vorgebrachten Argumente bedienen eine Bandbreite, von allgemeinen Einwänden und Debattenbeiträgen bis hin zu teils sehr konkreten, auf den Einzelfall bezogene Kritikpunkte. Die Einwände sind in den Regionen, wie zu erwarten war, nicht deckungsgleich. Dennoch lassen sich wichtige Argumente bzw. Einwandthemen identifizieren, die über die Regionen hinweg gleich oder ähnlich ausfallen und damit die Möglichkeit zur Verallgemeinerung bieten. Aus letzteren können in einem weiteren Arbeitsschritt konzeptionelle Voreinstellungen für das Akzeptanz-Radar abgeleitet werden (siehe Kapitel 5.3 und 5.4).

Ein erster Bereich der Argumente beschreibt **räumliche** Aspekte. Fragen des Landschafts-, Umwelt- und Naturschutzes sowie der Heimatpflege und des Denkmalschutzes werden thematisiert. Es geht dabei letztlich um die Attraktivität des ländlichen Raumes, d.h. den Erhalt der Artenvielfalt, ein als schön wahrgenommenes Landschafts- und teils auch Stadtbild. Eine intakte Natur, Landschaft und Dorfgemeinschaft (als sozialräumliche Kategorie) werden in diesem Zusammenhang häufig als Wert an sich verstanden. Eng verknüpft mit diesen Wertvorstellungen sind dann Stimmen, die in EE-Anlagen und -konzepten eine Belastung eben jener Werte sehen oder auf die Kosten verweisen, die die Regionen und Kommunen infolge des EE-Ausbaus zu tragen haben. Kritisiert wird der Verlust der Attraktivität von Landschaftsräumen durch weithin sichtbare Windkraftanlagen oder Solarfreiflächenanlagen, damit verbundene Einschränkungen für den Tourismus, zu geringe Mindestabstände zwischen EE-Anlagen und Wohnbebauungen, der Verlust an Habitaten, Arten oder natürlich intakten Räumen durch großflächigen Biomasseanbau und begrenzte Verfügbarkeit von regionalen natürlichen Ressourcen (Wald, landwirtschaftlichen Nutzflächen, etc.).

In **technischer** Hinsicht sind es die Integration der Erneuerbaren in das bestehende Versorgungsnetz und unzureichende Netzinfrastrukturen, die vermehrt Anstoß für kritische Äußerungen geben. Typische, regionenübergreifend genannte Einwände sind der notwendige Netzausbau zur Übertragung der dezentral produzierten thermischen oder elektrischen Energie, unzureichend vorhandene Einspeisepunkte

und die fluktuierende Energieproduktion bei der Wind- und Sonnenenergie. Aufgrund ihrer schwankenden Erträge sind diese Anlagen nicht grundlast-/spitzenlastfähig und es mangelt zugleich an Speicheroptionen für die Bevorratung bzw. das Auffangen überschüssiger produzierter Energie bei starkem Wind oder hoher solarer Einstrahlung, so die Kritiker. Demzufolge müssen trotz des Ausbaus von EE-Anlagen konventionelle Kraftwerksreserven vorgehalten werden, was ihrer Meinung nach zu ungenutzten Kraftwerkspotenzialen führt.

Ein weiteres Themenfeld ist die **Art und Weise der Umsetzung** von EE-Projekten und fehlendes **Fachwissen** bei unterschiedlichen Akteuren. Anstoß genommen wurde verstärkt an einer als schlecht wahrgenommenen Koordination des EE-Ausbaus, der teils auch als ungesteuert und ausufernd empfunden wird. Kommunalen Akteuren fehlt es in diesem Zusammenhang an Mitbestimmungsoptionen, so die Kritik. Hinzu kommen Informations- und Wissensdefizite. Diese beziehen sich einerseits auf ein begrenztes Fachwissen bei wichtigen Akteuren wie Verwaltungen, Kommunalpolitikern und Fachbetrieben. Andererseits wird interessierten Bürgern, Unternehmen, Investoren usw. die Meinungsbildung oder Konzeptumsetzung erschwert, weil das Wissen zwar vorhanden, aber nur begrenzt oder gar nicht verfügbar ist.

Ein letzter Themenbereich betrifft **finanzielle** Fragen. Hier sind beispielsweise sinkende Zuwendungen für Landwirte und insbesondere die Verringerung der im EEG-Gesetz festgeschriebenen Vergütungen Ausgangspunkte für Kritik. Sensibel reagieren regionale Akteure zudem, wenn ihrem Eindruck nach die EE-Anlagen der regionalen Wertschöpfung eher schaden als nutzen oder die Lasten- und Gewinnverteilung als ungerecht empfunden wird. Letzteres kann z.B. der Fall sein, wenn Einnahmen aus Pachtverträgen nur wenigen Ortsansässigen zugutekommen oder Gewinne von auswärtigen Investoren verbucht werden und im Landkreis kaum etwas verbleibt. Mehrfach kritisiert wurden gestiegene oder potenziell steigende Preise sowohl für Strom aber auch für Flächen (Pacht- oder Kaufpreis) sowie für Rohstoffe (Getreide, Viehfutter, Holzpellets, ...), die z.B. für Verbraucher, Unternehmen oder Landwirte Mehrbelastungen darstellen.

Im Folgenden werden die **Einwandthemen** kurz benannt, die **in allen drei Regionen** zur Sprache kamen. Das beinhaltet sowohl exakt gleiche Elemente in den regionalen Visualisierungen des Akzeptanz-Radars, aber auch Aspekte, die zwar nicht gleich benannt wurden, aber inhaltlich weitgehend deckungsgleich sind. Für die Biomasse ist das die Debatte um den Energiepflanzenanbau versus Nahrungsmittelproduktion (Element „Tank oder Teller“) und die mögliche Einschränkung der Biodiversität durch einen großflächigen Anbau von Monokulturen (Elemente „Biodiversität“, „Monokulturen“, „Wildpopulation“). Für die Windenergie sind zu geringe Abstände zwischen Anlagen und Siedlungen sowie die Belastung von Anwohnern durch die Geräuschemissionen der Rotorblätter zu nennen (Elemente „Mindestabstände“, „Lärm“). Räumliche Schutzaspekte wurden gegenüber allen untersuchten EE-Technologien vorgetragen (Elemente „Naturschutz“, „Artenschutz“, „Landschafts-

schutz", „Denkmalschutz"). Technologieunspezifische vorgetragene Kritik bezog sich auf den eingeschränkten Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum kommunaler Akteure beim EE-Ausbau (Elemente „Genehmigungspraxis", „Gemeinderechte", „Entscheidungsspielraum"), auf die einseitige Gewinnorientierung (Elemente „Abgabenschlupflöcher", „Wertschöpfung", „Gewinnverteilung", „Profitgier", „Subventionen") sowie auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit (Elemente „Einnahmegerechtigkeit", „Wertschöpfung", „Gewinnverteilung", „Lastenverteilung"). Letzteres steht in enger Beziehung zum wirtschaftlichen Potenzial der Regionen (Elemente „Wirtschaftsentwicklung", „Tourismuspotenzial").

3.2 Einwendergruppen

Eine Zuordnung der Akteure, die Einwände äußerten, fand wie erläutert in folgende Gruppen statt (siehe 2.3.2): politische Akteure, Medien, Unternehmen, Verbände/Vereine, Bürgerinitiativen, Betroffene und Wissenschaft/Experten.

3.2.1 Regionenübergreifende Betrachtung

Von den **politischen** Akteuren sind insbesondere lokale und auch regionale Akteure in allen drei Untersuchungsregionen in der Mediendarstellung stark vertreten, Politiker der Bundes- und Landesebene hingegen kaum bis gar nicht. Politische Gremiensitzungen und -entscheidungen, öffentliche Auftritte von Lokal-/ Regionalpolitikern z.B. bei der Einweihung einer Biomasseheizanlage in Schulen oder der Inbetriebnahme von Solarstromanlagen bzw. Auftritte auf Bürgerversammlungen sind häufig Aufhänger für Artikel in den analysierten Zeitungen gewesen. Der Gruppe der Lokal-/Regionalpolitik (z.B. Bürgermeister, Stadtratsmitglieder, Kreistagsmitglieder) kommt somit in der hiesigen Regionalmedienanalyse eine große Bedeutung zu. Sie werden daher als regionale Multiplikatoren verstanden.

Wichtige Einwände bzw. Themen kommen in allen drei Regionen häufig aus den **Medien** selbst. Mitentscheidend dafür ist der Umstand, dass Aussagen, die in den Artikeln nicht direkt einzelnen Personen und Interessensgruppen zugeordnet werden konnten, in der Einwendergruppe Medien subsummiert wurden. Es handelt sich in diesem Fall daher folglich um eine Art Sammelkategorie, die aufgrund der Datenerhebung mittels einer Medienanalyse im Vergleich zu den anderen Einwendergruppen stark vertreten ist. Inwieweit die untersuchten Regionalmedien selbst als Agenda-Setter in den Regionen auftreten oder welche Themen der Energiewende sie selbständig aufgreifen, lässt sich anhand des ausgewerteten Materials nicht bestimmen.

Eine weitere Gruppe, die in den drei untersuchten Zeitungen deutlich wahrnehmbar ist, sind die **regionalen Unternehmer**. Als Träger oder Initiatoren von spezifischen EE-Projekten oder Wirtschaftsaktivitäten berichten die Medien über sie. Relevant sind insbesondere Unternehmen aus der EE-Branche (Technikanbieter, Wartung, Beratung) sowie Anlagenbetreiber und Landwirte. In Tirschenreuth fällt die

Heterogenität bei den Unternehmern höher aus als in Wittenberg und Elbe-Elster. So beteiligen sich hier z.B. neben Landwirten auch Forstwirte an den Diskussionen.

Ähnlich verhält es sich bei der Gruppe der **Vereine/Verbände**, bei denen für Tirschenreuth eine größere Vielfalt im untersuchten Medium zu identifizieren war. Ob die Ursache dafür in der intensiveren Berichterstattung oder einem vielfältigerem Vereinsleben zu suchen ist, lässt sich – wie auch bei den regionalen Unternehmern – anhand des bewerteten Materials nicht abschließend bestimmen. In allen drei Regionen sind Umwelt- und Naturschutzverbände verstärkt vertreten. Ein möglicher Grund kann eine höhere Sensibilisierung für das Thema erneuerbare Energien bei den Mitgliedern sein sowie der ländliche Raum an sich, d.h. eine, im Vergleich zum städtischen Raum direktere Nähe zur Natur. In Tirschenreuth sind neben den genannten Verbänden bzw. Vereinen zusätzlich Heimat-, Wald- und Jagdvereine in die Debatten um den Ausbau der Erneuerbaren wahrnehmbar involviert.

Betroffene und **Bürgerinitiativen** artikulieren in Wittenberg und vor allem in Tirschenreuth ihre Anliegen. In Elbe-Elster sind sie überraschenderweise hingegen nicht vertreten. Aus welchem Grund ist unklar.

Ebenfalls nicht (Wittenberg und Elbe-Elster) bzw. kaum (Tirschenreuth) Teil der Diskussionen sind in den untersuchten drei Regionalzeitungen **Experten** bzw. **Wissenschaftler**. Ursächlich dafür kann die erwähnte projekt- und anlassbezogene Tendenz in der Berichterstattung regionaler Medien sein und/oder die im Rahmen der Medienanalyse vorgenommene Selektion nicht regionalspezifischer Artikel zur Energiewende bzw. dem Ausbau erneuerbarer Energien.

Als weiteres Ergebnis der Analyse lässt sich feststellen, dass in den Regionen der Grad der Betroffenheit zentral dafür ist, dass sich Akteure bzw. Akteursgruppen öffentlich wahrnehmbar äußern und für ihre jeweiligen Interessen eintreten. Das gilt nicht nur für Bürger und Bürgerinitiativen, sondern auch für Unternehmen oder politische Akteure, die z.B. mit Ansiedlungen von EE-Anlagen nicht einverstanden sind oder gegen „unangemessene“ Ausweisungen von Windenergievorrangflächen durch den Regionalen Planungsverband opponieren. Ebenfalls lässt sich konstatieren, dass in allen drei Regionen organisierte, professionelle Akteure in der Regionalmedienberichterstattung stärker vertreten sind, als nicht organisierte. Diese zwei Feststellungen gelten jeweils für alle drei Untersuchungsregionen.

Im Folgenden werden hinsichtlich der Einwendergruppen die Ergebnisse der Medienanalyse für die einzelnen Untersuchungsregionen dargestellt.

3.2.2 Einwendergruppen in der Region Wittenberg

In Wittenberg gehörten zu den besonders aktiven Gruppen in der Diskussion um den regionalen EE-Ausbau die Vertreter der Kommunalpolitik, insbesondere die Bürgermeister, sowie die Unternehmer und die Medien. In geringerem Maße treten

Verbände, Betroffene und Bürgerinitiativen in Erscheinung. Kein Teil der Debatte sind hingegen Wissenschaftler.⁵

Seitens der **Politik** kamen am häufigsten Einwände von Bürgermeistern betroffener Gemeinden. Geäußert wurden verstärkt risiko- und interessenbezogene Einwände, die Schutzgüter wie den Denkmalschutz, das Landschaftsbild, die Verteilungsgerechtigkeit und die Biodiversität sowie durch konkrete Projekte vor Ort entstandene bzw. zu erwartende Probleme behandelten. Vertretene **Unternehmen** sind in Wittenberg Energieversorger, Anlagenbesitzer sowie Unternehmen, die EE-bezogene Dienstleistungen oder Technologien anbieten bzw. entwickelt haben. Hinsichtlich der von ihnen vorgebrachten Einwände haben sie eine Tendenz zu marktorientierten Einwänden bzw. zu Hindernissen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region behindern. In der untersuchten **Regionalzeitung** gibt es eine Tendenz zu Themen, die in komplexeren Argumentationszusammenhängen stehen (z.B. „Tank oder Teller“, „Wirtschaftsentwicklung“, „Landschaftsbild“). Der Einwandtypologie zufolge sind es ethische, risikobezogene und interessenbezogene Einwände, die vorgebracht wurden. Unter den **Verbänden** sind es die Umwelt- und Naturschutzverbände, die in der Diskussion um die Ausgestaltung der regionalen Energiewende ihre Positionen öffentlichkeitswirksam vertreten haben. Sie argumentierten stärker normativer Art bzw. brachten wertbezogene Inhalte zur Sprache (u.a. „Artenschutz“, „EE-Importe“, „Tank oder Teller“). Von den **Betroffenen** wie auch den **Bürgerinitiativen** wurden sehr konkrete, projektbezogene Einwände eingebracht, die negative Auswirkungen im (eigenen) Umfeld thematisieren. Es handelt sich vornehmlich um risiko- und interessenbezogene Einwände.

3.2.3 Einwendergruppen in der Region Elbe-Elster

Die Gruppe der besonders aktiven Akteure des regionalmedialen Diskurses waren in Elbe-Elster die gleichen wie in Wittenberg, d.h. Vertreter der Kommunalpolitik, der Unternehmen und die Medien. Darüber vertraten lediglich noch Verbände ihre Positionen. **Wissenschaftler** sowie – überraschenderweise – **Betroffene und Bürgerinitiativen** traten in den untersuchten Artikeln nicht in Erscheinung.

Im Feld der **Politik** konnten vorrangig Einwände kommunalpolitischer Akteure zur regionalen Ausgestaltung der Erneuerbaren identifiziert werden. Unter diesen waren – wie in Wittenberg – vermehrt Bürgermeister aus betroffenen Gemeinden. Inhaltlich gibt es einen deutlichen Schwerpunkt interessenbezogener Einwände, wobei bei diesen wiederum verstärkt Themen der regionalen Entwicklung und eines lebenswerten Umfelds behandelt wurden. In Kreisen der **Unternehmer** äußerten sich vorrangig Landwirte, Anlagenbesitzer, Investoren sowie Unternehmen, die auf erneuerbare Energien ausgerichtete Dienstleistungen anbieten (z.B. Architekturbüro). Hinsichtlich der Einwandkategorisierung fallen die Einwände in dieser Gruppe

⁵ Den Visualisierungen sind Einschätzung zum Grad der Beteiligung nicht zu entnehmen. Sie leiten sich hingegen aus der Analyse der dokumentierten Zeitungsartikel ab.

sehr ausgeglichen aus. Es handelt sich um ethische, risikobezogene und interessenbezogene Einwände, die allerdings einen deutlichen Bezug zu landwirtschaftlichen Fragen beinhalten. Ursächlich dafür sind die in dieser Gruppe merklich vertretenen Landwirte, die das Thema Biomasse stark machten. Die Einwände, welche der Einwandergruppe **Medien** zugeordnet wurden, fallen ebenfalls recht ausgeglichen aus. Die risiko-, interessen- und verfahrensbezogenen Einwände dieser Gruppe weisen eine Tendenz zu Umsetzungsaspekten (z.B. „Einspeisung“, „Genehmigungen“) auf. Seitens der **Verbände** waren in Elbe-Elster Naturschutz- und Bauernverbände Teil des Diskurses insbesondere um Wind und Biomasse. Auch in dieser Einwandergruppe fallen die Einwandertypen ausgeglichen aus, allerdings mit einer leichten Tendenz zu interessenbezogenen Einwänden. In diesem Rahmen wurden Umsetzungs- und Förderoptionen verstärkt zur Sprache gebracht.

3.2.4 Einwandergruppen in der Region Tirschenreuth

In der Untersuchungsregion Tirschenreuth lässt sich als Ergebnis der Regionalmedienanalyse feststellen, dass Akteure aus den Bereichen Politik, Vereine und Verbände, Medien und Unternehmen ihre Interessen verstärkt öffentlichkeitswirksam vorgetragen haben. In geringerem Maße kamen zudem Betroffene und Bürgerinitiativen zu Wort. Im Gegensatz zu Wittenberg und Elbe-Elster nahmen, wenn auch nur in geringem Maß, ebenso Experten und Wissenschaftler am Diskurs um den regionalen Ausbau der Erneuerbaren teil.

In Tirschenreuth äußern sich im Feld der **Politik** meist kommunalpolitische Vertreter kritisch zum regionalen EE-Ausbau. Oft kamen diese aus direkt betroffenen Gemeinden. Allerdings gab es auch einige Stimmen von Akteuren der Landes- und Bundesebene (MdL bzw. MdB). Der Schwerpunkt lag bei den interessen- und verfahrensbezogenen Einwänden, wobei ebenfalls risikobezogene und ethische Einwände vertreten waren. Inhaltlich zeigt sich keine klare Tendenz hin zu bestimmten Themen. Vielmehr vertraten die politischen Akteure ein thematisch breites Spektrum mit einer Vielzahl an Argumenten. Diese wurden häufig auch von anderen Akteursgruppen vorgetragen. So ist die Politik in 31 Fällen von insgesamt 35 Mehrfachnennungen, d.h. wenn zwei Einwandergruppen das gleiche Argument vortragen, als Akteur vertreten. Die Ursache könnte sein, dass politische Akteure recht genau die in Debatten vorgetragene Argumente wahrnehmen und/oder Argumente von anderen Akteuren aufgreifen und in die eigene Argumentation integrieren.⁶

Im Vergleich zu den zwei anderen Untersuchungsregionen fällt die Akteursgruppe **Vereine** und **Verbände** in Tirschenreuth differenzierter aus und hat ihren Fokus im Themenfeld Umwelt/Natur/Heimat. Ihre Positionen zu den erneuerbaren Energien haben in den analysierten Artikeln Naturschutz-, Jagd- und Umweltschutzverbände sowie Wald-, Imkerei- und Gebirgsvereine vertreten. Entsprechend ihrer inhaltlichen

⁶ Es ist aber auch denkbar, dass das Ergebnis durch die Vielzahl der politischen Akteure zustande kommt.

Ausrichtung lag der Schwerpunkt der Einwände bei naturbezogenen und naturräumlichen Argumenten, die insbesondere den Einwandkategorien risiko- und interessensbezogene Einwände zuzuordnen sind.

Die Gruppe der **Unternehmen** fällt im Vergleich zu Wittenberg und Elbe-Elster ebenfalls heterogener aus. Sie setzt sich zusammen aus Anlagenbetreibern, -interessenten und -produzenten, Energieversorgern, Land- und Forstwirten sowie Unternehmen die EE-Dienstleistungen anbieten. Ihre Einwände sind hinsichtlich der Einwandtypen recht gleichmäßig verteilt, mit einer leichten Tendenz hin zu interessens- und risikobezogenen Einwänden. Inhaltlich wurden vermehrt wirtschaftliche und umsetzungsbezogene Einwände geäußert.

In den **Medien** fiel die Berichterstattung zur regionalen Umsetzung der Energiewende umfangreicher und detaillierter aus als in den zwei anderen Regionen. Zum Teil wurde auch über Projekte mehrfach berichtet bzw. wurden entsprechende Fortschritte begleitet oder wieder aufgegriffen. Das identifizierte Einwandspektrum fällt breit aus und weist verstärkt interessens-, verfahrens- sowie risikobezogene Einwände auf.

In den Gruppen der **Betroffenen** und der **Bürgerinitiativen** traten von Anlagen und Ausbauplänen betroffene Akteure sowie interessierte Bürger in Erscheinung. Weshalb diese beiden Einwandergruppen spürbar stärker als in anderen Regionen vertreten sind, kann unterschiedliche Gründe haben. Einerseits kann dies das Ergebnis einer intensiveren Berichterstattung zum Thema erneuerbare Energien in der Tirschenreuther Regionalzeitung geschuldet sein. Andererseits kann es auch aus einem höheren Interesse für die Energiewende in den Gemeinden resultieren, das sich z.B. aus einer starken Heimatverbundenheit oder einer intensiveren Vereinsarbeit her speist. Die Einwandtypen weisen in der Gruppe der Betroffenen einen Schwerpunkt zu interessensbezogenen Einwänden auf und sind ansonsten gleichmäßig verteilt. Thematisiert wurden verstärkt Umsetzungsdefizite und konkrete negative Auswirkungen für Betroffene. Im Vergleich dazu ist das Einwandspektrum bei den Bürgerinitiativen thematisch breiter gestreut und es ließen sich vermehrt risiko- und interessensbezogene Einwände identifizieren.

Wissenschaftler und Experten hatten sich, nicht sehr weitreichend, mit verfahrens- und interessensbezogenen Einwänden in die Diskussionen eingebracht. Ihr inhaltlicher Schwerpunkt lag bei der kritischen Betrachtung der Genehmigungspraxis und der Wirtschaftlichkeit von EE-Anlagen bzw. -projekten.

3.3 Einwandtypen

In diesem Kapitel wird genauer darauf eingegangen, welche Erkenntnisse zur Einwandtypologie des Akzeptanz-Radarkonzepts aus der Regionalmedienanalyse gewonnen werden konnten. Die Darstellung erfolgt entlang der Einwandtypen. Diese werden in Bezug zu den Regionen und den EE-Technologien gesetzt. Ergänzt wird

dies durch eine kurze Zuordnung der Einwandtypen zu den Untersuchungsregionen. Das Kapitel endet mit einigen allgemeinen Anmerkungen zur Einwandtypologie.

Systemische Einwände, die Verhandlungslösungen gänzlich unmöglich machen, konnten in keinem der Artikel identifiziert werden, d.h. sie finden sich in keiner der drei Untersuchungsregionen. Alle anderen Einwandtypen waren hingegen in allen drei Untersuchungsregionen zu extrahieren.

Insgesamt betrachtet sind unter ihnen die **ethischen Einwände** am geringsten bzw. in Wittenberg mit am geringsten vertreten. Auffällig ist, dass bei diesen normativen Argumenten die Biomasse dominierte (Wittenberg, Elbe-Elster) bzw. zusammen mit der Windkraft stark vertreten ist (Tirschenreuth).⁷ In Wittenberg war die Biomasse sogar die einzige EE-Technologie, gegenüber der entsprechende Einwände vorgebracht wurden. Bei der Solarenergie sind keine ethischen Einwände gefunden worden. Inhaltlich wurden bei ethischen Einwänden wertorientierte Fragen behandelt. Was ist das richtige Energiesystem (u.a. „Energimix“, „Dominanz Energieriesen“)? Wie ist dieses sozial und ökologisch auszugestalten (z.B. „regionale Wertschöpfung“, „Sozialverträglichkeit“, „Profitgier“, „landwirtschaftliche Praxis“, „Naturschutz“)? Was sind allgemein schützenswerte Güter (z.B. „Landschaftsbild“, „Waldrodung“)? Dürfen Nahrungsmittel für die Energieproduktion eingesetzt oder von weit her importiert werden (z.B. „Tank oder Teller“, „Ökobilanzierung“, „Rohstoffimporte“)? Unserer Kategorisierung zufolge kommen die ethischen Einwände verstärkt aus dem Themenfeld Schutzgüter, gefolgt vom Themenfeld Vorgaben/Strategien.

Bei den **risikobezogenen Einwänden**, die direkt mit der betriebenen EE-Anlage oder der genutzten Technik in Verbindung stehen, sind in Wittenberg und Tirschenreuth die Windenergie und die Biomasse im Vergleich zur Solarenergie etwas stärker vertreten. Insgesamt und speziell in Elbe-Elster ist in der Kategorie risikobezogene Einwände das Bild für die drei untersuchten Technologien jedoch recht ausgeglichen. Kritisiert wurden direkte Umfeldbelastungen und -gefahren, die sich für Anwohner und Ansiedler ergaben bzw. ergeben können (z.B. „Lärmbelastung“, „Geruchsbelastung“, „Schattenwurf“, „Reflexionen“, „Brandgefahren“). Naturräumliche Fragen (z.B. „Flächenangebot“, „Verfügbarkeitsgrenzen“, „Artenschutz“, „Flächenverbrauch“) sowie Fragen der Netz- und Systemintegration (z.B. „Speicherproblem“, „Einspeisungs- und Leitungsinfrastruktur“, „Ertragsschwankungen“, „Netzinfrastuktur“) wurden ebenfalls vorgebracht. In der bereits erwähnten Themenfeldzuordnung liegt der Schwerpunkt bei der Gruppe der risikobezogenen Einwände in den Bereichen Technologie/Infrastruktur und Schutzgüter.

Unter den **interessensbezogenen Einwänden** dominieren in den Untersuchungsregionen die Einwände zur Windenergie, wobei in Tirschenreuth, einer Region mit

⁷ In Elbe-Elster gibt es eine Tendenz zur Biomasse und in Tirschenreuth liegt die Windenergie leicht vor der Biomasse.

intensiver Biomassenutzung, die Windenergie gleichauf mit der Biomasse ist. Die Solarenergie spielt für die durchgeführte Regionalmedienanalyse in dieser Kategorie eine untergeordnete Rolle. Inhaltlich wurden Einwände diskutiert, die Nachteile beschreiben, welche räumlich gesehen in der Umgebung einzelner Gruppen, in der Nähe von Einzelakteuren oder einer begrenzten Zahl an Akteuren auftraten oder auftreten könnten (z.B. „Landschaftsbild“, „Denkmalschutz“, „Mindestabstände“). Hinzu kamen Aspekte, die für einzelne wirtschaftliche Nachteile brachten oder bringen können (z.B. „Flächenpreise“, „Wertverlust“, „Futterpreise“, „Versicherungsbeiträge“, „Energiekosten“) oder aus Sicht der jeweiligen Akteure falsche Entwicklungsimpulse (z.B. „Anreizsysteme“, „Tourismuspotenzial“, „Wildwuchs“) setzen. Kritisiert wurden zudem Defizite bei der aktiven Beteiligung bzw. beim Engagement von Akteuren („Beteiligungsdefizit“, „Engagementdefizit“). Unserer Kategorisierung zufolge finden sich bei den interessenbezogenen Einwänden vermehrt Einwände aus dem Themenfeld Finanzen und dem Themenfeld Umsetzung.

Verfahrensbezogene Einwände richteten sich in Wittenberg ausschließlich und in Tirschenreuth verstärkt an Windenergieprojekte. In Tirschenreuth folgen die Biomasse und Solarenergie gleich auf. In Elbe-Elster hingegen fielen die Einwände gegen die drei untersuchten EE-Formen vergleichsweise ausgeglichen aus. Auffällig ist, dass in dieser Kategorie sich mehr Einwände auf die erneuerbaren Energien allgemein beziehen, ohne zwischen einzelnen Technologien zu unterscheiden, als dies bei den anderen Einwandtypen der Fall ist. Inhaltlich richteten sich die verfahrensbezogenen Einwände stark gegen das Handeln von Verwaltungen bzw. ausführende Organe. Kritisiert wurden eine unzureichende Informationsvermittlung, Wissensdefizite in den Fachverwaltungen, Umsetzungs- und Planungsfehler aber auch nicht vorhandene oder mangelhafte Gesamtkonzepte für Projekte oder den regionalen EE-Ausbau sowie hinderliche rechtliche Vorgaben und Finanzierungsvoraussetzungen (z.B. „Anhörungstermine“, „Genehmigungspraxis“, „Verwaltungsfachwissen“, „Planungsfehler“, „Stadtwerkvorgaben“, „Genehmigungsaufwand“, „Gesamtkonzeption“, „Vergütungssenkung“, Förderungsdefizit“). Übersetzt in die gebildeten Themengruppen heißt dies, dass die identifizierten verfahrensbezogenen Einwände insbesondere in Themenfelder wie Vorgaben, Finanzen, Umsetzung sowie Wissensbestände einzuordnen sind.

Die **Verteilung** der Einwandtypen in den **Untersuchungsregionen** fällt so aus, dass in Wittenberg risiko- und interessenbezogene Einwände gleichauf deutlich dominieren. In Elbe-Elster und Tirschenreuth waren am häufigsten interessenbezogene Einwände zu finden, gefolgt von den verfahrens- und knapp dahinter risikobezogenen Einwänden. In der Untersuchungsregion Tirschenreuth fällt die Verteilung – möglicherweise bedingt durch die breitere Berichterstattung – am gleichmäßigsten von den drei Untersuchungsregionen aus.

Dass systemische Einwände in keiner der Regionen zu finden waren, spiegelt einerseits die vielfach berichtete grundsätzliche Akzeptanz der EE-Technologien wider, könnte aber auch darauf hindeuten, dass besonders kritische Gruppen ver-

suchen, eine harte Ablehnung breit argumentativ zu belegen anstatt systemisch abzulehnen. In diesem Zusammenhang sind auch die „Stellvertreterkonflikte“ zu erwähnen. In Wittenberg und Elbe-Elster wurden beispielsweise Stromtrassen bzw. ein Umspannwerk abgelehnt, weil die EE-Anlagen vor Ort nicht erwünscht waren. Allgemein ist darüber hinaus anzumerken, dass in der Visualisierung interessenbezogene und ethische Einwände zum Teil auf den ersten Blick (fast) inhaltlich identisch sind (gleiche Fragestellung, gleiches Thema). Der Unterschied besteht jedoch bei genauerem Hinsehen in der Art der Argumentation, die eine Einordnung in unterschiedliche Einwandtypen notwendig macht. So geht es bei den interessenbezogenen Einwänden i.d.R. um Hinweise auf sehr konkrete eher projektbezogene Defizite oder Probleme und bei den ethischen Einwänden eher um einen Diskurs, der allgemeiner und wertbezogener geführt wird. Dieser nimmt häufig auch mehr Akteure, soziale oder gesellschaftliche Gruppen bzw. gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge in den Blick.⁸ Ähnlich verhält es sich teils im Zusammenspiel von ethischen und risikobezogenen Einwänden. Eine eher allgemein und wertbezogen geführte Diskussion um natürliche Schutzgüter (Habitate, Artenschutz, etc.) wird der Kategorie ethisch zugeordnet, wohingegen konkrete Gefahren für beispielsweise einzelne Tierarten durch den Bau von EE-Anlagen in die Kategorie risikobezogener Einwand fallen.

3.4 EE-Technologien

Im Folgenden werden die Erkenntnisse der Regionalmedienanalyse differenziert nach den drei untersuchten EE-Technologien Windenergie, Biomassenutzung und Solarenergie (vornehmlich Photovoltaik seltener Solarthermie).

In der Gesamtschau wurden am häufigsten Einwände gegenüber der Windkraft erhoben, gefolgt von der Biomasse und dann der Solarenergie. Bei der Solarenergie ist die Zahl der Einwände nicht nur geringer. In der Tendenz fielen die Einwände auch "schwächer" aus, was sich daran zeigt, dass es keine ethischen Einwände gab und die vorgebrachten Argumente innerhalb der Einwandtypen weniger konfliktträchtig waren.

3.4.1 Einwandthemen und -typen bei der Windenergie

Bei der Windenergie konzentrieren sich die Einwände insbesondere in Wittenberg und Tirschenreuth auf anlagenbezogene Aspekte wie das Auftreten von Schlagschatten und Lärm infolge sich drehender Rotoren, die Gefahr von Blitzschlägen und Eiswurf oder mögliche Anlagenruinen in der Landschaft, nachdem Generatoren ihre Betriebs-

⁸ Ein Beispiel ist der Einwand Flächenkonkurrenz. In seiner ethischen Ausprägung geht es um die Frage Tank oder Teller, d.h. die Konkurrenz zwischen der Nahrungsmittel- und Energiepflanzenproduktion. In seiner interessenbezogenen Ausprägung stehen hingegen konkrete Flächenknappheiten im Blickfeld, die sich aus der Erweiterung von Anbauflächen für die Biomasse-, Futtermittel- oder Biomasseproduktion und einem begrenzten lokalen bzw. regionalem Flächenangebot ergeben.

dauer überschritten haben. Mit diesen Problemen eng einher geht die Definition von Mindestabständen zu Siedlungsflächen und dabei insbesondere zu Wohnbebauungen. Ähnlich wie bei der Solarenergie wurden auch gegenüber der Windkraft regelmäßig die fluktuierenden Strommengen diskutiert, für die es noch keine breit anwendbaren, alltagstauglichen und wirtschaftlichen Konzepte zur Speicherung des überschüssigen Stroms gibt.

Ethische Einwände gegen die Nutzung der Windkraft im regionalen Kontext waren der Schutz von Landschaften und Wäldern, ein zu geringer Anteil an der regionalen Wertschöpfung, den geplante Anlagen mit sich bringen sowie die Profitgier einiger Akteure. Bei letzterem Einwand geht es darum, dass Akteure einzig wegen der zu erzielenden Einnahmen Windanlagen errichten/errichten wollen und dadurch Werte wie Gesundheit, der Besitz anderer (Immobilien) oder die Attraktivität der Landschaft und Heimat bedroht werden.

Risikobezogene Einwände beziehen sich auf Standorte, die wegen ihrer zu geringen Windhöffigkeit als ungeeignet angesehen werden sowie auf Schwierigkeiten bei der Integration von Windrädern ins bestehende Energienetz (z.B. „Standortausbeute“, „Gestehungskosten“, „Spitzenlastfähigkeit“, „Speicherproblem“). Belastungen für Anlieger (z.B. „Lärmbelastung“, „Schlagschatten“, „Infraschall“) wurden in dieser Kategorie ebenfalls thematisiert.

Mit Blick auf die **interessensbezogenen** Einwände, welche gegen die Windenergie vorgetragen wurden, lässt sich feststellen, dass diese sich auf als falsch angesehene Entwicklungsoptionen bezogen. Danach gefährden Windkraftanlagen z.B. das wirtschaftlich bedeutende Tourismuspotenzial einer Region, fördert der unregelmäßige Ausbau den Wildwuchs von Anlagen oder kommen die zu erzielenden Einnahmen in zu geringem Maß der Region zu Gute. Des Weiteren vertraten Akteure ihre Interessen, indem sie konkrete wirtschaftliche bzw. räumliche Nachteile für Anlieger – wie die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, zu geringe Mindestabstände oder die Überbelastung durch Infrastrukturen (Bahn- und Verkehrsstrassen, Windanlagen etc.) – sowie steigende Strompreise/Energiekosten oder den Wertverlust von Grundstücken zur Sprache brachten.

Kritische Einwände gegen **Verfahrensweisen** des regionalen Ausbaus der Windenergie bezogen sich auf fehlerhaftes bzw. fachlich defizitäres Verwaltungshandeln wie z.B. ungünstige gelegte Anhörungstermine, fehlendes Fachwissen von Sachbearbeitern, das Erstellen von Gefälligkeitsgutachten oder eine gezielte Verhinderungsplanung. Ungünstige rechtliche Vorgaben wie eine fehlende Bauleitplanung oder ein zu geringer Gestaltungs- bzw. Mitbestimmungsspielraum betroffener Kommunen wurden ebenso thematisiert.

3.4.2 Einwandthemen und -typen bei der Solarenergie

Für die Solarenergie waren typische Einwände bei großen Freiflächenanlagen notwendige Zufahrtswege und mögliche Reflexionen, die von diesen ausgehen. Bei

kleineren, gebäudegebundenen Anlagen wurden eher statische und denkmalschutzbezogene Einwände vorgebracht sowie mögliche Gefahren in Brandfällen (z.B. Stromschläge) angesprochen.

Ethische Einwände gab es gegenüber der Solarenergie keine. Bei den **risikobezogenen Einwänden** handelte es sich einerseits um Standortfragen und (bau)technische Aspekte. So wurden Artenschutzvorgaben im Rahmen des Baus von Anlagen sowie der hohe Flächenbedarf bei Freiflächenanlagen thematisiert und bei Großanlagen die Gefahr von Reflexionen sowie bei Kleinanlagen statische Vorgaben und Gefahren bei Bränden diskutiert. Wie bei der Windkraft spielten auch die fluktuierende Stromerzeugung und die Integration der dezentralen Anlagen in das bestehende Versorgungsnetz eine Rolle (z.B. „Speicherproblem“, „Leitungsinfrastruktur“, „Einspeiseoption“).

Räumliche Aspekte, finanzielle Fragen und der Denkmalschutz waren Themen, die im Bereich der **interessensbezogenen Einwände** Bedenken gegenüber Solarprojekten hervorriefen. Dazu zählten z.B. die Zerstörung des Landschaftsbildes, eine mögliche Einschränkung von Zugangswegen zu anderen Anlagen (z.B. Industrie, Stromtrassen) durch die Errichtung von Solaranlagen, das Hinterfragen der Standortwahl („Gebietseignung“), aber auch getätigte Vorinvestitionen in Heizanlagen („Abschreibung“) oder zu hohe Aufwendungen für Versicherungen („Versicherungsbeiträge“).

Verfahrensbezogene Einwände bezogen sich auf eine angemessene Vergütung von Solarenergie (z.B. „Privilegierung“, „Vergütungssenkung“) sowie auf Informationsmängel und Umsetzungs- bzw. Planungsfehler wie beispielsweise zu langwierige Planungsverfahren, die zu Bauverzögerungen führten.

3.4.3 Einwandthemen und -typen bei der Biomassenutzung

Einwände gegen die Nutzung von Biomasse haben aufgrund des eigenen Charakters dieser EE-Technik eine deutlich landschaftliche und landwirtschaftliche Prägung. Typische Themen sind daher deren Einfluss auf die Landschaft und ihr Einfluss auf die (regionale) Biodiversität, der Konflikt zwischen Nahrungsmittelproduktion und Energiepflanzenproduktion, Preisanstiege für Rohstoffe und Flächen, Verfügbarkeitsgrenzen sowie Aspekte, die im Zusammenhang mit dem Transport der produzierten Biomasse stehen.

Debattenbeiträge um die Biomasse, die dem Typ **ethische Einwände** zugeordnet werden, beschäftigten sich mit der Frage einer angemessenen Nutzungsintensität natürlicher Ressourcen bzw. zu hoher Belastungen für die Natur (z.B. „Ökobilanzierung“, „landwirtschaftliche Praxis“, „Waldrodung“). Diese Aspekte waren teils auch eng mit Gerechtigkeitsfragen verknüpft (z.B. „Tank oder Teller“, „Beteiligungskosten“, „Finanzspekulationen“).

Standort- und umfeldbezogene Aspekte standen hingegen im Mittelpunkt der **risikobezogenen Einwände** gegen die Biomasse. U.a. ging es dabei um die von Anlagen ausgehende Geruchs- und Rauchgasbelastung sowie zunehmenden

Lieferverkehr von zu verarbeitenden Rohstoffen im Umfeld der Anlagen, aus dem wiederum Abgas- und Feinstaubbelastungen für Anlieger resultieren können. Des Weiteren wurden kritische Einwände vorgebracht, die die Ausbreitung von Monokulturen infolge des Energiepflanzenanbaus, die Verringerung der regionalen Biodiversität und des Flächenverbrauch bzw. die regional begrenzte Verfügbarkeit von Flächen zur Biomasseproduktion in den Vordergrund gerückt haben.

Mit Blick auf die Biomasse fielen in den Bereich der **interessensbezogenen Einwände** insbesondere in Tirschenreuth auffällig häufig betriebswirtschaftliche Fragen (z.B. „Anreizsysteme“, „Flächenpreise“, „Futterpreise“, „Betriebskosten“, „Abgabenlast“, „Privathaftung“, „Pächterrückgang“) sowie die Veränderung des Landschaftsbildes durch umfangreiche Monokulturen infolge des verstärkten Anbaus von Energiepflanzen.

Bei den **verfahrensbezogenen Einwänden** standen das Thema gesunkener Vergütungen und damit der Verlust der Rentabilität von Biomasseanlagen, die zu geringe Förderung von Biomasse im Rahmen der Nahwärmenetzversorgung sowie zu aufwendige Genehmigungsverfahren im Vordergrund.

3.4.4 EE-Technologieübergreifende Einwandthemen und -typen

Neben den technologiespezifischen Argumenten konnten in der Analyse auch Argumente identifiziert werden, die sich nicht auf eine Technologie sondern ganz allgemein auf die erneuerbaren Energien bezogen. Verstärkt in der Tirschenreuther Regionalzeitung mit ihrer umfangreichen Berichterstattung zu den Erneuerbaren wurden diese gefunden. Insgesamt fällt deren Anzahl aber im Vergleich zu den technologiespezifischen Einwänden deutlich geringer aus.

Im Einwandtypus **ethische Einwände** wurde über die „richtige“ Zusammensetzung des Energiemixes debattiert, d.h. darüber wie hoch der Anteil von Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen sein soll bzw. wie sich dieser aus den einzelnen erneuerbaren Energiequellen zusammensetzt. Die Umgestaltung des Energiesystems sollte nach Meinungen einiger Akteure möglichst sozialverträglich gestaltet werden. Hinzu kommt z.T. deutliche Kritik an der Dominanz großer Energiekonzerne, welche einerseits das Feld der Erneuerbaren für sich machtvoll besetzen und gleichzeitig deren Ausbau für kleinere Akteure an anderen Stellen behindern.

Risikobezogene Einwände sind eher untypisch, da diese sich auf konkrete Anlagen beziehen oder die Gefahren aus der Nutzung spezifischer Technologien ableiten. Einige wurden dennoch gefunden. Sie wenden ein, dass der Flächenverbrauch bei erneuerbaren, dezentralen Anlagen höher ist, als bei herkömmlichen Arten der Energieproduktion oder dass Lebensräume und Habitate für Flora und Fauna beim Ausbau von EE-Anlagen zu schützen und Vogelfluglinien nicht zu beeinträchtigen sind. Des Weiteren wird ausgeführt, dass die gegenwärtige Netzinfrastruktur noch nicht für den breiten Ausbau der erneuerbaren Energien ausgelegt ist und Stromnetzverläufe zügig festzulegen sind.

Im Bereich der allgemeinen **interessensbezogenen Einwände** wurde der Mangel an finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten für regionale Akteure und Bürger bei der regionalen Umsetzung der Energiewende kritisiert. Zudem wurde auf zu unsichere, wenig kontinuierliche Rahmenbedingungen für potenzielle Investoren hingewiesen und die ungerechte Wertschöpfung zu Lasten der Regionen bemängelt, wonach einige wenige externe Akteure besonders profitieren.

Kritik an den **Verfahrensweisen** thematisierte hinderliche Vorgaben für den Ausbau der Erneuerbaren auf regionaler Ebene wie fehlende Gesamtkonzepte, europaweite Ausschreibungsvorgaben – die regionale Versorgungslösungen ver-/behindern – und die Begrenzung von Stadtwerkskapazitäten auf den Bedarf der jeweiligen Versorgungsregion. Hinzu kamen kritische Stimmen zur Informationspolitik z.B. über geplante EE-Anlagen, die zu spät oder gar nicht bekannt gegeben wurden. Raum nahm bei den allgemeinen verfahrensbezogenen Einwänden auch die Senkung der Vergütungen durch das EEG ein sowie die Forderung kleinerer Kommunen, dass sich die kommunalen Anforderungen zur regionalen Energiewende auch an der Größe der Kommunen orientieren müsse, um deren Kapazitäten nicht zu überfordern.

4 Beispielhafte Strategiebildung für die Untersuchungsregion Landkreis Wittenberg

Eine pragmatische Auswertung, welche die Erarbeitung von Strategien zur Überwindung von Widerständen gegen den EE-Ausbau zum Ziel hat, kann an den Punkten ansetzen, die im Folgenden für die Untersuchungsregion Wittenberg beispielhaft dargestellt werden. Dabei wird, entsprechend der allgemeinen Perspektive im W³-Projekt, vorrangig die kommunalpolitische Ebene in den Blick genommen. Die

**Akzeptanz-Radar
EE - Wittenberg**

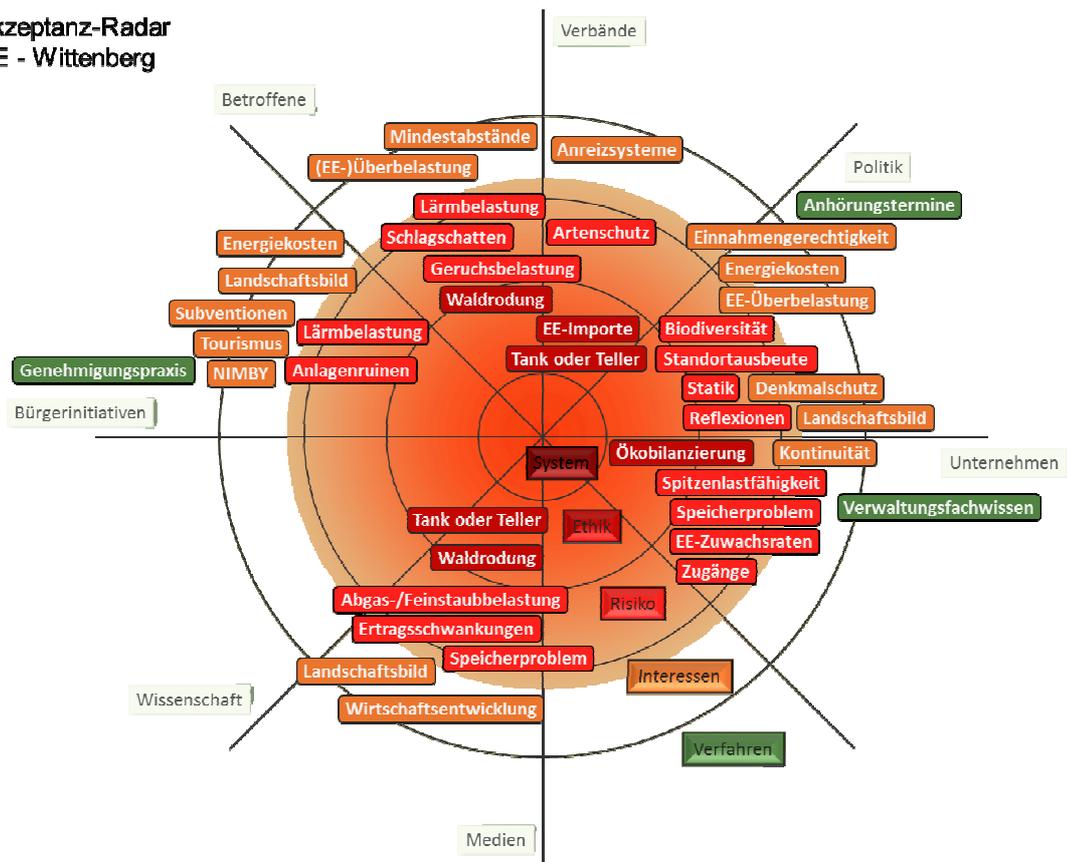


Abbildung 3: Akzeptanz-Radar für die Untersuchungsregion Landkreis Wittenberg

Quelle: eigene Darstellung

Ansätze der Strategiebildung zeigen daher auf, wo insbesondere Kommunalpolitiker oder Akteure kommunaler Verwaltungen, teils aber auch weitere regionale Akteure ansetzen können, um vorgetragene oder potenziellen Widerständen gegen EE-Projekte sinnvoll entgegenzutreten und diese damit abzuschwächen oder zu entkräften.

4.1 Einwendergruppen oder „Mit wem haben wir es zu tun?“

Durch die Medienanalyse wurde deutlich, dass sich Gruppen, aus denen kritische Einwände kommen, nicht in der gleichen Intensität in den öffentlich wahrnehmbaren Diskurs einbringen. Das kann einerseits an einem unterschiedlich stark ausgeprägten Interesse liegen, aber auch an deren i.d.R. ungleich verteilten Möglichkeiten, in der Öffentlichkeit mit ihren jeweiligen Haltungen zu z.B. einzelnen Projekten wahrgenommen zu werden. Welche dieser zwei grundsätzlichen Möglichkeiten auf einzelne Gruppen und Akteure zutrifft, gilt es ganz allgemein zumeist mit Hilfe von ortskundigen Akteuren bzw. Partnern vor Ort in der Strategiebildung zu erörtern, da die jeweils relevanten Gruppen dementsprechend anzusprechen oder einzubinden bzw. zur Beteiligung erst zu ermächtigen sind.

Am häufigsten haben sich im Landkreis Wittenberg **Lokalpolitiker** (potenziell betroffener Gemeinden), sowie **regionale Unternehmer** kritisch hervorgetan. Zudem waren den Beiträgen der untersuchten Regionalzeitung verstärkt kritische Argumente zu entnehmen, die nicht direkt auf eine spezielle Akteursgruppe zurückzuführen waren. Für die Strategiebildung heißt das, dass eine sinnvolle Debatte und eine zielorientierte Projektplanung und -umsetzung ohne die Teilnahme bzw. eine Einbindung der Kommunalpolitik in Wittenberg nicht zielführend sein würde. Für Projektentwickler und mögliche Investoren heißt dies, sie sollten die Lokalpolitik – die die kritische Diskussion entscheidend mitträgt und damit deren Richtung mitbestimmt – bestenfalls für das Projekt(konzept) gewinnen, sie zumindest konsultieren oder informieren. Soweit Unterstützung in der Region gewollt ist, ist es somit nicht zielführend, über Gemeinden hinweg eine Projektumsetzung anzustreben oder zu viele Gemeindevertreter durch fehlende Kooperationsmöglichkeiten gegen sich aufzubringen. Akteure der Kommunalpolitik wiederum sollten für EE-Projekte sensibilisiert und entsprechend vorbereitet sein, um bei konkreten Projektplanungen direkt auf die Investoren zugehen und die Interessen der Region vertreten zu können. Investoren wie auch die Kommunalpolitik können – unter gebotener Rücksicht auf mögliche Interessenskonflikte – darauf hinwirken, regionale und kommunale Unternehmen bei der Projektplanung und -umsetzung zu berücksichtigen bzw. ein gutes Investitionsklima (z.B. kompetentes Personal, schnelle und einfache Verwaltungsabläufe) zu schaffen, um durch eine gezielte Einbindung dieser aktiven Gruppe deren kritischen Einwände zu verringern. Da viele kritische Einwände in der Region Wittenberg über die untersuchte **Regionalzeitung** vermittelt wurden, bietet sich für Investoren oder ganz allgemein für Akteure, die an der Umsetzung der regionalen Energiewende interessiert sind, eine gezielte, auf konkrete Projekte fokussierte Informations- und Kommunikationsstrategie gegenüber der regionalen Presse und Öffentlichkeit an. Auf diese Weise lassen sich – im besten Fall im gemeinsamen Zusammenwirken von Investoren, regionalen Unternehmen und der Kommunalpolitik – gegenüber der Öffentlichkeit und den anderen Einwendergruppen die Vorteile der Projekte proaktiv vermitteln und die jeweiligen Mehrwerte für die Region herausstellen, um so Widerständen entgegenzuwirken.

In der Region Wittenberg waren im Gegensatz zu den bereits genannten (Kommunalpolitik, regionale Unternehmen und Medien) die Einwendergruppen **Verbände, Bürgerinitiativen und Betroffene** nur gering vertreten. Da im Landkreis bereits seit Jahren EE-Anlagen unterschiedlichster Technologien errichtet wurden, spricht dies für ein geringes Widerstandspotenzial unter Akteuren der Zivilgesellschaft, was einer erfolgreichen Umsetzung entgegenkommt. Trotz dieses für eine Realisierung von EE-Anlagen günstigen Klimas kann es natürlich bei einzelnen Projekten oder umstrittenen Flächen zu spürbaren bzw. intensiven Widerständen auch in diesen Gruppen kommen. Wird deutlich, dass bestimmte Akteure kein Sprachrohr besitzen und wird eine gemeinwohlorientierte Projektumsetzung oder eine auch zukünftige, langfristige Unterstützung der Zivilgesellschaft für das regionale Energiewendeprojekt angestrebt, so ist zu prüfen, ob in der Region diese bisher kaum oder nicht im Diskurs vertretenen Akteure (z.B. regionale Umwelt- und Naturschutzverbände, aber auch Sozialverbände, Heimat-/Kulturlandschaftsverbände oder Betroffene) gezielt anzusprechen oder in den Energiewendeprozess zu integrieren sind. Auf diese Weise ließe sich die Wahrscheinlichkeit verringern, dass sie zunehmend Widerstand gegen neue EE-Anlagen leisten, z.B. aufgrund bereits zahlreicher Anlagen im Gebiet der eigenen Kommune und einer damit wahrgenommenen Überbelastung oder dem wachsenden Gefühl nicht gehört zu werden.

Die Gruppe der **Experten und Wissenschaftler** ist in der Untersuchungsregion Wittenberg im Rahmen der Medienanalyse zum regionalen Ausbau der erneuerbaren Energien nicht vertreten gewesen. Im Fall von Widerständen gegen einzelne Projekte oder umfangreichere Energiewendekonzepte in der Region bietet es sich daher an, einzelne Vertreter für Vermittlungs- und Moderatorenprozesse heranzuziehen, weil sie eine vergleichsweise neutrale Rolle einnehmen können.

4.2 Die Themen oder „Worum geht es den Akteuren?“

Thematisch betrachtet weisen die Gruppen in Wittenberg unterschiedliche Schwerpunkte hinsichtlich ihrer kritischen Einwände auf. Diese gilt es in einer Strategie zur Stärkung der Umsetzung von EE-Anlagen bzw. zur Verringerung von Widerständen in der Region zielgruppenorientiert zu berücksichtigen. So würde z.B. eine Grundsatzdiskussion zur Energiewende mit Betroffenen nur unnötige Ressourcen binden und ist damit kontraproduktiv, da diese sich in der Region Wittenberg primär kritisch zu Problemen äußern, die sich auf konkrete Projekte oder Umkreisbelastungen durch EE-Anlagen beziehen. Im Folgenden werden die strategischen Ansätze dargestellt, die sich für Wittenberg aus den jeweiligen inhaltlichen Einwänden der einzelnen Gruppen ergeben.

Die **Kommunalpolitik** beschäftigt sich insbesondere mit interessensbezogenen und risikobezogenen Einwänden. Sie äußert sich kritisch zur negativen Wirkung von EE-Anlagen auf Schutzgüter und thematisiert konkrete Probleme, die von bestehenden oder potenziellen Anlagen ausgehen (können). Akteure, die darauf abzielen politische

Unterstützung für ihre Projekte zu erlangen (Investoren, Anlagenbetreiber, engagierte Bürger, etc.) sollten daher keine breit angelegte Debatte anstoßen. Ihre Kommunikation mit regionalen politischen Vertretern und ihre Konzepte für EE-Anlagen sollten vielmehr Antworten auf konkrete Probleme geben, d.h. Eindämmungs-, Minderungs- bzw. Verhinderungsmaßnahmen für negative Auswirkungen von EE-Anlagen enthalten. Für Wittenberg heißt das, dass bei Solaranlagen Bedenken hinsichtlich der Statik von Gebäuden beim Anlagenanbau auszuräumen sowie anlagenbedingte Reflexionen z.B. durch entsprechende Anstell- und Neigungswinkel zu vermeiden sind. Hinsichtlich des Biomasseanbaus ist der Verringerung der Biodiversität entgegenzuwirken, beispielsweise über Zwischenstreifen mit Bäumen, Büschen oder Wiesen, die Nutzung regionalen Saatguts auf diesen oder das Anlegen von Saum- und Ausgleichsflächen bzw. zeitlichen Brachen. Dem kritischen Einwand zur unzureichenden Windhöflichkeit eines Standorts einer Windkraftanlage kann mit direkten Messdaten bzw. den Ergebnissen der Wirtschaftlichkeitsprüfung unter den gegebenen Windverhältnissen entgegengetreten werden.

Neben den direkten risikobezogenen Einwänden betrifft die Kritik von kommunalpolitischen Akteuren auch den Umgang mit allgemeinen Gütern, die als schützenswert erachtet werden. Dazu zählen in Wittenberg die Beachtung des Denkmalschutzes, des Landschaftsbildes und die Verteilungsgerechtigkeit. Strategisch sind diese Inhalte in der Regel in einen konzeptionellen Zusammenhang zu stellen, der entweder das Projekt bzw. dessen Umsetzung selbst betrifft oder die Kommune bzw. Region als Ganzes adressiert (z.B. Klimaschutz-, Denkmalschutz, oder Regionalentwicklungskonzept). Im ersten Fall können Investoren etc. durch eine entsprechende Konzeption, welche die genannten Kritikpunkte entkräftet, auf die Unterstützung der Kommunalpolitik hoffen. Im Fall umfassender kommunaler oder regionaler Konzepte – für deren Erstellung die Regional-/Kommunalpolitik zuständig ist – können Investoren ihre eigenen Umsetzungskonzepte an entsprechenden „Vorgaben“ orientieren und ihren jeweiligen Beitrag dazu aktiv vermitteln. Denkbar sind z.B. Ausgleichsmaßnahmen wie die Unterstützung von Denkmalschutzprojekten (Stadtmauer-, Kirchensanierung, ...) und das denkmalschutzgerechte oder stadtbildorientierte Anbringen von Solaranlagen auf Gebäuden (im nichtsichtbaren Bereich, gezielte Nutzung von Nebengebäuden statt Hauptdächern, ...). Bei der Aufstellung von Freiflächenanlagen sollte für den Erhalt des Landschaftsbildes die Geländetypologie beachtet oder ein Sichtschutz in Form von Hecken oder Sträuchern angelegt werden. Sozial können sich Projektumsetzer engagieren und damit die Kritikpunkte der Kommunalpolitik entkräften, indem z.B. regionale soziale Projekte wie Kindertagesstätten, die Jugendarbeit oder Seniorenhilfe Unterstützung erhalten.

Die Einwände der Akteure aus der Gruppe der **Unternehmen** (Energieversorger, Anlagenbesitzer, Anbieter von EE-bezogenen Dienstleistungen oder Technologien) waren im untersuchten Diskurs vor allem marktorientiert oder betrafen Umsetzungshindernisse für die Errichtung von EE-Anlagen. Aus Sicht der Kommunalpolitik – auf die das W³-Projekt wie erwähnt fokussiert – sollten daher primär folgende strate-

gische Ansatzpunkte gewählt werden, um in der Untersuchungsregion Wittenberg Vertreter dieser Gruppe zu adressieren. Es gilt möglichst verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren zu schaffen, d.h. Kontinuität in den einzuhaltenden Vorgaben und zu durchlaufenden Prozessen zu gewährleisten sowie sicherzustellen, dass Mitarbeiter in den zuständigen Verwaltungen fähig und gut geschult sind, mit der Materie erneuerbare Energien umzugehen wissen und entsprechende Projekte im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Energieversorgern und Betreibern bestehender Anlagen ist zuzusichern, dass die Zugangswege zu ihren Anlagen (z.B. Hochspannungsleitungen) erhalten bleiben. Angesprochene Defizite bei der nicht gewährleisteten Spitzenlastfähigkeit von EE-Anlagen bzw. Defizite im Bereich der Speicher für diese fluktuierenden Energiequellen liegen nicht im Handlungsbereich der Kommunalpolitik. Ein Ausgleich kann daher nur über das Stromnetz selbst bzw. über technische Innovationen erfolgen. Zu beidem kann die Region i.d.R. nicht entscheidend beitragen. Möglich, wenn auch aufwendig, ist jedoch die Errichtung eines regional orientierten Lastmanagements z.B. in Kooperation mit einem regionalen Energieanbieter, auf das die Kommunalpolitik hinwirken kann.

Im Vergleich zur Kommunalpolitik, den Unternehmen und der Regionalpresse sind in Wittenberg Verbände, Bürgerinitiativen und Betroffene in einem deutlich geringeren Maß an der Debatte um negative Wirkungen von EE-Anlagen beteiligt. Das Engagement der Kommunalpolitik sollte sich daher zunächst auf die Akteure wie Unternehmen, Energieversorger, Anlagenbetreiber, etc. sowie auf eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren. Allerdings kann – wie erwähnt – die Einbeziehung von **Verbänden** insbesondere bei umweltbezogenen und naturschutzfachlichen Fragen zielführend sein, um z.B. die Energiewende stärker in der Zivilgesellschaft zu verankern bzw. Widerstände gegen einzelne Projekte zu minimieren. Da die Umwelt- und Naturschutzverbände stärker als die anderen untersuchten Gruppen normativ und wertbezogen argumentieren, sollte in einer Diskussion mit diesen Akteursgruppen entsprechenden Argumenten Raum gegeben werden, d.h. sind Einzelaspekte in einem konzeptionellen Zusammenhang zu betrachten bzw. zu stellen (siehe oben Klimaschutzkonzept, etc.). Darüber hinaus ist anhand einzelner Punkte wie z.B. geplanten Ausgleichsmaßnahmen zum Schutz der Biodiversität (siehe oben) darzustellen, welchen Mehrwert Projekte für den Natur- und Umweltschutz leisten oder inwieweit die Projektkonzepte bestrebt sind, negative Wirkungen einzugrenzen (z.B. der Ersatz von Biomasseimporten durch regionale Biomasse, zusätzliche Artenschutzmaßnahmen).

Gerade bei einzelnen Projekten, hat der Unmut **Betroffener** das Potenzial für mehr Widerstand, der dann die Gründung von kritischen bis ablehnenden **Bürgerinitiativen** und somit auch eine stärker öffentlich wahrnehmbare Ablehnung von EE-Projekten münden kann. Bisher ist der entsprechende Widerstand in Wittenberg gering. Da die wenigen öffentlich wahrnehmbaren Betroffenen und Bürgerinitiativen sehr konkrete projektbezogene Einwände vorbringen oder negative Projektauswirkungen in ihrem Umfeld thematisieren sollten in den Strategien zur Ver-

ringerung von Widerständen genau diese Aspekte eine entscheidende Rolle spielen, um das bisher freundliche zivilgesellschaftliche Klima weiterhin zu erhalten. Mit Blick auf die konkret vorgetragenen Einwände heißt dies, dass technikbezogene Probleme in der Projektplanung zu berücksichtigen sind, d.h. Mindestabstände einzuhalten sind sogar aufstockt werden sollten (u.a. zur Verhinderung der Belästigung durch Schlagschatten und Lärm bei Wind sowie der Geruchsbelastung bei Biomasseanlagen). Bei bestehenden Anlagen, im Nachgang an eine ungünstige Standortwahl sind die Handlungsmöglichkeiten natürlich insbesondere bei großen Anlagen begrenzt. Die Kommunalpolitik kann jedoch eventuell gegenüber Betreibern oder Aufsichtsbehörden bei der Windenergie das Thema Repowering oder bei der Biomasse den Einsatz zusätzlicher Filter ins Spiel bringen, um die (Geruchs-)Belastung zu senken. Abgas- und Feinstaubbelastungen durch Lieferverkehr bei Biomasseanlagen könnten in Kooperation mit den Anlagenbetreibern durch festgelegte Zulieferzeiten oder eine optimierte Streckenplanung begrenzt werden (nur zu bestimmten Tageszeiten, auf unterschiedliche Strecken verteilte Lieferungen bzw. gezielte Nutzung abseitiger Strecken, d.h. Industriezufahrtswege, fern von Wohngebäuden, etc.). Beim vorgebrachten Argument von Anlagenruinen nach Ablauf der Nutzungsdauer kann die Kommunalpolitik i.d.R. auf vertraglich festgelegte Regeln zum Rückbau verweisen bzw. darauf achten, dass diese mit in die Verträge aufgenommen werden. Neben diesen konkreten Maßnahmen, die klar umrissen sind sowie vergleichsweise kurzfristig umgesetzt werden können und daher primär behandelt werden sollten, gibt es Einwände, die eines längerfristigen Engagements bedürfen, weil sie auf die Veränderung von Einstellungen zielen. Landschaftsbildbelastungen lässt sich – wie erwähnt – teilweise mit projektbezogenen Umsetzungsmaßnahmen entgegenwirken (siehe oben – Kommunalpolitik). Zugleich ist ihnen und den hervorgebrachten befürchteten negativen Auswirkungen auf den Tourismus durch stimmige Gesamtkonzepte entgegenzutreten, die entsprechende Einstellungen direkt adressieren. Für diese aufwendigeren und mittel- bis langfristig wirksamen Maßnahmen muss die Kommunalpolitik allerdings bereit sein, entsprechende Mittel aufzuwenden. Windenergieanlagen sind per se weithin sichtbar. Daher bietet sich letztlich an, diese als Teil einer neuen Art von Kulturlandschaft zu verstehen und das entsprechend öffentlichkeitswirksam und möglicherweise anknüpfend an bestehende Energie-Traditionen in der Region oder in Kooperation mit der Energieregion Lausitz zu vermitteln. Ein weiterer einstellungsbezogener Aspekt ist das NIMBY-Verhalten. Auch diesem ist nur durch Überzeugungsarbeit oder Beteiligungskonzepte (z.B. Mitsprache bei Projekt- oder Konzeptentwicklung, Gründung Bürgergenossenschaft, finanzielle Beteiligungsmöglichkeit an EE-Anlage) entgegenzuwirken, was Ressourcen bindet, langfristig aber stabilisierend wirken kann.

4.3 Wind - Biomasse - Solar oder „Welche Technik stößt auf Akzeptanz?“

Mit Blick auf die Technologien lässt sich für die Untersuchungsregion Wittenberg feststellen, dass insgesamt nur wenige Argumente geäußert wurden, die stark

normativ besetzt und damit nur schwer verhandelbar sind. Diese bezogen sich zudem nur auf eine der untersuchten EE-Technologien, die Biomasse. Aufgrund ihrer Vernetzung mit Natur- und Landwirtschaftsthemen ist die Biomasse – nicht nur in Wittenberg – intensiver in normative (regionale wie globale) Diskussionsprozesse eingebunden. Beim Ausbau entsprechender Anlagen und dem Anbau entsprechender Substrate ist daher seitens der Kommunalpolitik und auch der Investoren ein verstärktes Engagement hin zu einer tragfähigen Gesamtkonzeption gefragt (Nutzung regionaler Biomasse, Interessensausgleich mit Landwirten, Priorität von Nahrungsmittelanbau, Zertifizierung externer Biomasse/Biomasseimporte). Zur Solarenergie und überraschender Weise zur Windenergie gab es in der Untersuchungsregion keine ethischen Einwände, was die Umsetzung insbesondere der allgemein relativ konfliktarmen Solarenergie fördert. Sie eignet sich insbesondere für Einstiegsprojekte z.B. für Bürgerenergiegenossenschaften. Zu allen drei Technologien (Wind, Solar, Biomasse) gibt es in Wittenberg eine ähnliche Zahl an risikobezogenen Einwänden. Das verweist darauf, dass die Konzepte der Umsetzung entscheidend sind, d.h. ein besonderes kommunales Augenmerk darauf liegen sollte, dass nicht einzelne Bewohner oder Anlieger durch die Anlagen überaus stark belastet werden und folglich anlagenbezogene Risiken und Belastungen im Umfeld gering gehalten bzw. möglichst gleichmäßig verteilt werden. Ähnlich häufig wie risikobezogene werden in Wittenberg interessenbezogene Einwände geäußert, wobei hier zahlenmäßig die Einwände gegen die Windenergie im Vergleich zu denen der anderen zwei Technologien überwiegen. Beim weiteren Ausbau der Windenergie sollte die Kommunalpolitik daher insbesondere darauf einwirken, dass angemessene Abstände zwischen Anlagen und Anrainern eingerichtet werden, Einnahmen aus der Produktion von Windstrom anteilig auch im Bereich der Gemeinde verbleibt, wo die Anlagen stehen sowie nicht einzelne Anlieger über das gesunde Maß hinaus belastet werden (durch EE-Anlagen, aber auch im Zusammenspiel aus z.B. Verkehrswegen, Industrie- und EE-Anlagen).

4.4 Ansätze für Strategien oder „Wie sieht ein sinnvolles Ganzes aus?“

Wie ersichtlich, lassen sich aus der Analyse des Akzeptanz-Radars zahlreiche Ansatzpunkte für die Strategiebildung ableiten. Da in der Regel nicht alle gleichzeitig umsetzbar sind, die Lösungsansätze verschiedene Zeithorizonte sowie einen variierenden Ressourcenbedarf aufweisen und in einigen Fällen auch sich widersprechende Ansatzpunkte herauskommen können, ist es wichtig, die einzelnen Ansatzpunkte nach ihrer Identifizierung zu einer sinnvollen, lösungsorientierten und insbesondere regional umsetzbaren Strategie zu verknüpfen. Gerade die Umsetzung kann nur unter aktiver Mitwirkung der Akteure vor Ort erfolgen. Denn es bedarf dafür nicht nur eines ausgeprägten Wissens über die lokalen wie regionalen Aktivitäten, Probleme, Potenziale usw., sondern auch des Einsatzes regionaler Ressourcen (Personal, Gelder, Zeit, Räumlichkeiten, ...).

Wie könnte, aufbauend auf den Ergebnissen des Akzeptanz-Radars eine solche Strategie zur Umsetzung von EE-Projekten für das hier skizzierte Beispiel aussehen? In Schlagworten lautet die Strategieempfehlung in diesem Fall: gut vorbereitet sein, klare Ziele setzen und Zuständigkeiten festlegen, problembezogenes und projektorientiertes Arbeiten, Kooperationen stärken sowie gegebenenfalls eine stärkere Beteiligung unterrepräsentierter Akteursgruppen sicherstellen.

Gut vorbereitet sein bezieht sich darauf, dass das zur Planung und Umsetzung von EE-Projekten und entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen notwendige Wissen in der Region bzw. den Kommunen vorhanden ist und zugleich an Interessierte vermittelt wird. Das umfasst insbesondere kompetente, gut geschulte Mitarbeiter in der kommunalen Verwaltung oder anderen genehmigenden, vermittelnden oder beratenden Einrichtungen sowie klar definierte Verantwortlichkeiten, inklusive des Wissens um die Arbeitsinhalte und -fortschritte der übrigen in den Prozess eingebundenen Stellen, Mitarbeiter etc. Hinzu kommt, dass die „Hausaufgaben“ der Regional- und Kommunalpolitik gemacht sein sollten, d.h. die von dieser politischen Ebene zu verantwortenden Vorgaben klar und verlässlich sind. Dazu gehört beispielsweise die Aufstellung von Bebauungsplänen im Rahmen der Aufstellung von Freiflächen-PV-Anlagen (kommunal) oder die Ausweisung von Windvorranggebieten (regional) für Windkraftanlagen. Bei Personal-, Zeit- und/oder Geldmangel sind die regionalen Entscheider zudem aufgefordert, klare Prioritäten zu setzen und diese dann auch aktiv zu vermitteln, d.h. z.B. den Betroffenen oder der Öffentlichkeit zu erläutern, weshalb die Entscheidung für diese Arbeitsschwerpunkte und nicht für andere gefallen ist.

Ein zentraler Punkt **klarer Zielsetzungen** ist darüber hinaus die Erarbeitung integrierter Konzepte und damit die Einbettung und Verknüpfung des regionalen Ausbaus der erneuerbaren Energien mit den übrigen Entwicklungszielen der Region oder der Kommunen. Eine Definition langfristig angelegter, abgestimmter Ziele dazu, wo die Region hinsichtlich des Klima- und Umweltschutzes hin will, wie sie bei der Energieversorgung aber auch wirtschaftlich, sozial und kulturell zukünftig aufgestellt sein soll, gibt Orientierung. Sie unterstützt entscheidend die Erarbeitung der bereits erwähnten konsistenten und verlässlichen Vorgaben, denn aus ihr sollten sich z.B. zu schützende Güter (Landschafts- und Stadtbild, Denkmalerhalt, gute Nachbarschaft, Beitrag zum Klimaschutz, etc.) ableiten lassen.

In Wittenberg bringt der Großteil der Interessensgruppen verstärkt projekt- und interessensbezogene Argumente gegen die erneuerbaren Energien vor. Im Gegensatz zu den kaum vertretenen und nur auf die Biomasse bezogenen normativen Einwänden, sind diese einfacher zu verhandeln. Es empfiehlt sich in Wittenberg daher, außer bei der integrativen Konzepterarbeitung, nicht in Grundsatzdebatten zu verfallen, sondern stark **problem- und projektbezogen zu arbeiten**. Dazu gehört zunächst, dass die wichtigen Akteure in der Region sensibel sind bei der Wahrnehmung von Problemen, aber auch Ansätzen und möglichen Zeitfenstern zur Lösung eben dieser Probleme. Die Kommunalpolitik – und bestenfalls auch die

Projektverantwortlichen – sollten konsequent darauf hinwirken, dass Belastungen für Anlieger möglichst gering ausfallen, in den Projektkonzepten ausreichende und wenn nötig und umsetzbar auch über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Minderungsmaßnahmen enthalten sind. Hinzu kommt ein möglichst fairer Ausgleich der Vor- und Nachteile am Standort sowie in der Region oder im Fall finanzieller Einnahmen teils auch zwischen Regionen. Zur stärkeren Integration der Anwohner können bürgernahe bzw. von Bürgern selbst getragene Beispielprojekte von der Kommune, Projektbetreibern und auch Bürgern angestoßen oder umgesetzt werden. Hier bietet sich insbesondere die Solarenergie als ein guter Einstieg an, da die Anlagen in der Regel schnell akzeptiert werden und gerade bei gebäudebezogenen Anlagen vergleichsweise schnell und einfach umzusetzen sind. Denkbar ist zudem, die finanzielle Beteiligung der Bürger an einer Windkraftanlage eines Windparks.

Mit Blick auf **intensivere Kooperationen** sind zwei Aspekte hervorzuheben. Einerseits betrifft dies die Verwendung und den Anbau der Biomasse. Die gegenüber dieser EE-Form in Wittenberg vorgebrachten Argumente (siehe oben) lassen sich zwar nur begrenzt auf regionaler Ebene lösen. Dennoch könnte die Region möglicherweise einen Beitrag leisten, indem sich z.B. Bauern über die Bestellung von Flächen abstimmen, mit dem Ziel eine bessere Durchmischung von Anbaupflanzen zu erreichen und damit den Eindruck einer durch Monokulturen geprägten Landschaft zu verringern. Ebenso könnten Bauern sich mit Umweltverbänden und Naturschützern intensiver über Maßnahmen zur Stärkung der Biodiversität austauschen. Der zweite Bereich einer intensiveren Kooperation betrifft die Einbindung der regionalen Wirtschaft in die EE-Projektplanung, -umsetzung und auch Wartung der Anlagen. Projektplaner können hier aktiv nach regionalen Kooperationspartnern suchen und zugleich kann die Kommunalpolitik die Einbindung der regionalen Wirtschaft betonen und im Bedarfsfall eine Netzwerkbildung aktiv unterstützen, natürlich unter Einhaltung der Regeln zur Vermeidung von Bestechung und Korruption.

Als letzter Punkt in der Strategie zur Stärkung des Ausbaus der erneuerbaren Energien im Landkreis Wittenberg sollte in der Region gezielt darüber nachgedacht werden, inwieweit eine **Stärkung der Beteiligung** der bisher in den Regionalmedien nicht oder nur gering vertretenen Akteursgruppen (Verbände, Betroffene, Vereine, Experten) für eine schnelle und gemeinwohlorientierte Umsetzung von EE-Anlagen notwendig ist. Wenn die Projekte ausreichend gemeinwohlorientiert konzipiert sind und die Belastungen für Anlieger sich im annehmbaren Maß bewegen, ist eine stärkere Einbeziehung im Sinne der Stärkung des akzeptierten Ausbaus der erneuerbaren Energien möglicherweise nicht notwendig und vielleicht sogar kontraproduktiv. Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten für diese Gruppen sollten jedoch bereitgehalten werden, wenn diese sich in den Prozess einbringen möchten oder noch gestärkt werden, soweit die bisherigen Beteiligungsoptionen von den Gruppen selbst oder den kommunalpolitischen Akteuren als unzureichend erachtet werden.

5 Erfahrungen mit dem Prototyp des Akzeptanz-Radars

5.1 Hilft es mögliche Akzeptanzprobleme pragmatisch zu erfassen?

Anspruch des Instruments ist es, das Einwandgeschehen nicht bis ins letzte Detail wissenschaftlich belastbar zu erfassen und abzubilden, sondern einen differenzierten Überblick über die wichtigen Aspekte zu bekommen. Pragmatisch ist das Instrument damit insofern, als die Zuordnungen von Akteuren zu den Einwendergruppen wie auch die Klassifizierung der Einwände nicht exakt trennscharf getroffen werden – und müssen. Auf diese Weise verliert man sich nicht in kleinteiligen Auseinandersetzungen oder in Grundsatzdiskussionen und kommt dennoch zu sinnvollen Ergebnissen, wie sich im Vergleich mit anderen Arbeiten im Bereich EE-Akzeptanz herausstellt (u.a. Schweizer-Ries et al. (2010), C.A.R.M.E.N. e.V. (2014) oder Herbes et al. (2014).

Ob der Erhebungs- und Bearbeitungsaufwand einerseits und die Aussagekraft andererseits in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen, hängt für die praktisch-strategische Anwendung entscheidend vom Aufwand der Datenerhebung ab. Dem angestrebten pragmatischen Charakter und dem Interesse der Praxisakteure entsprechend müsste die Datenerhebung eher im Rahmen von Workshops erfolgen („schnell, pointiert, kurz und knapp zu einer Übersicht kommen“). Wenn das Akzeptanz-Radar im wissenschaftlichen Rahmen eingesetzt werden soll, dann ist die Datenerhebung beispielsweise über systematisch ausgewertete Medien- oder Dokumentenanalysen durchzuführen und damit zeitlich wie auch arbeitstechnisch aufwendiger. Im Vergleich zur hier gewählten Beschränkung auf die wichtigste Regionalzeitung jeder Untersuchungsregion, könnte dies bedeuten – sofern vorhanden – mehrere Regionalzeitungen bzw. die Regionalteile überregionaler Zeitungen ebenfalls einzubeziehen oder kostenlose regionale wie lokale Zeitungen und Anzeiger und regional ausgerichtete Webseiten systematisch auszuwerten bzw. lokale und regionale Umfragen durchzuführen.

Ganz allgemein hat es sich für die Auswertung als hilfreich erwiesen, bei der Systematisierung der Einwendergruppen, Einwandthemen und deren Zuordnung zu den Einwendertypen zu notieren, nach welchem Gesichtspunkt die Zuordnung oder Abgrenzung erfolgte und auch welcher Unterkategorie Akteure angehören. Eine entsprechende Dokumentation erhöht die Transparenz der Ergebnisse und erleichtert die Auswertung und Strategiebildung, weil dann beispielsweise innerhalb der Akteursgruppen schon differenziert werden kann. So war es bei der Einwendergruppe Vereine/Verbände hilfreich, zwischen Heimatvereinen, Jagdverbänden, Naturschutzvereinen usw. zu unterscheiden.

5.2 Hilft es mögliche Akzeptanzprobleme schnell zu visualisieren?

Von allen im Rahmen des Projekts getesteten Visualisierungsvarianten ist die hier präsentierte Art der visuellen Darstellung in Scheiben- und Kreisform mit Blick auf die Übersichtlichkeit und das gegebene Platzangebot die praktikabelste.

Die Visualisierung der Einwandthemen und Einwendergruppen ermöglicht einen Überblick, anhand dessen sinnvolle Aussagen zur Akzeptanzlage getroffen werden können. Sie hilft also beim Verstehen und der Differenzierung der meist komplexen Situation. Die Visualisierung der Ergebnisse an sich ist demnach (meistens) schon ein wichtiger Mehrwert für das Verständnis von Zusammenhängen.

Allerdings – und das zeigte insbesondere das mit sehr vielen Elementen gefüllte Akzeptanz-Radar zur Lage in Tirschenreuth – wird es bei zu vielen Akteuren oder Argumenten unübersichtlich. Dann ist gegebenenfalls eine Aufspaltung nach EE-Technologien und/oder eine Zusammenfassung bzw. Gruppierung von Einwandthemen nötig, um verständlich und ferner aussage- und strategiefähig zu bleiben.

Zu bedenken ist, dass im Akzeptanzradar nur die Einwände, aber nicht die Pro-Argumente abgebildet werden und von daher „nur“ von einer Abbildung der negativen Akzeptanzlage gesprochen werden kann. Dies gilt es insbesondere bei der Strategiebildung zu berücksichtigen, da sich positiv besetzte strategische Ansatzpunkte wie Pro-Allianzen, Chancen usw. nicht aus der Abbildung ablesen lassen. In der Regel sind sie aber ein Teilergebnis des Wissens- und Datenerhebungsprozesses und können dementsprechend in die Strategiebildung mit eingebracht werden.

5.3 Hilft es einen strategischen Umgang mit Einwänden zu entwickeln?

Als Strategieinstrument wurde das Akzeptanz-Radar im W³-Projekt bislang nicht getestet, daher kann hierzu, abgesehen von der beispielhaften Strategiebildung für den Landkreis Wittenberg (siehe Abschnitt 4) noch über keine praktischen Erfahrungen berichtet werden. Dennoch bietet der Überblick über Themen, Gruppen und teils auch die Häufigkeit der Einwände die Möglichkeit zur Strategiebildung, denn eine entsprechende Systematisierung und Darstellung der Einwände minimiert die Wahrscheinlichkeit, dass Überraschungen auftreten, ermöglicht es Schwerpunkte zu erkennen und damit (akteursbezogene) Prioritäten in der Auseinandersetzung mit Gruppen und Themen zu setzen.

Jedoch entstehen die Strategien *nicht* per se aus dem Instrument heraus, was zwar häufig gewünscht, aber grundsätzlich nicht möglich ist. Die zu erarbeitenden Strategien fußen auf den im Akzeptanz-Radar aufbereiteten Erkenntnissen. Es bedarf aber zusätzlich sowohl einiger Erfahrung als auch zusätzlicher Informationen, um zu passfähigen, praktisch umsetzbaren strategischen Entscheidungen zu gelangen. Um diese Informationen zu erhalten, ist bei einer pragmatischen Herangehensweise und damit dem Verzicht auf aufwendige, detailliert-arbeitsintensive Voranalysen lokal- oder regionalspezifisches Wissen gefragt. Für EE-Projekte können entsprechende notwendige (Hintergrund-)Informationen z.B. die sozio-ökonomische Lage einer Kom-

mune, (kultur-)landschaftliche Besonderheiten einer Region, frühere Erfahrungen mit ähnlichen Projekten, hinderliche Einstellungsmuster bei einzelnen Stakeholdern, planungsrechtliche Spezifika sowie aktuell geplante oder sich in der Umsetzung befindende Projekte sein. Entsprechendes Wissen kann am einfachsten über die gezielte Teilhabe „wissender“ Akteure vor Ort, aber auch zusätzliche Umfragen, Kurzanalysen usw. erhoben werden.

Je häufiger das Akzeptanz-Radar angewendet wird, umso stärker können, insbesondere bei einer thematischen Nähe der Untersuchungsgegenstände, Vorerfahrungen in die Analyse mit eingebracht und damit sogenannte Voreinstellungen genutzt werden. Voreinstellungen beschreiben in vorangegangenen Anwendungen identifizierte „typische“ Einwände, Themen und Einwendergruppen, d.h. sie können vorgeben, wer typische Einwender sind, welche Gruppen sich in ihrer Argumentation auf welche Inhalte beziehen oder welche Einwände typischerweise gegen einzelne (EE-)Technologien vorgebracht werden. In einem neuen Anwendungsfall wären diese verallgemeinerten Inhalte dann vor Ort zu verifizieren. Im Rahmen eines Stakeholderworkshops würden die Voreinstellungen beispielsweise einen ersten Überblick geben, den Einstieg ins Thema erleichtern und könnten somit als Grundlage dienen, um anschließend die fallspezifischen Merkmale des diskutierten Anwendungsfalls sowie mögliche Problemlösungsstrategien zielgenau herauszuarbeiten.

5.4 Unterscheidet sich das Akzeptanz-Radar von anderen Analysen zur Akzeptanz?

Die Vorteile des Akzeptanz-Radars gegenüber anderen Verfahren zur Akzeptanzanalyse liegen in der prägnanten Visualisierung und dem dadurch möglichen Überblick zur Akzeptanzlage, seinen variablen – eher praxisorientierten oder wissenschaftlichen, eher operativ projektbezogenen oder strategischen – Einsatzmöglichkeiten sowie dem Zugewinn an Transparenz über Akzeptanzentwicklungen durch wiederholtes Screening und die Verdichtung von Akzeptanzlagen in aggregierten Voreinstellungen.

Für das Akzeptanz-Radar sind die vorgebrachten oder zu erwartenden Einwände wichtiger Stakeholdergruppen der Kern der Analyse und zugleich die Grundlage der eigenständigen **visuellen Darstellung**. Da diese (fallspezifischen) Einwände nicht ohne ein Zutun vorhanden sind, bedarf es, wie bei anderen Verfahren auch, einer Voranalyse zu deren Identifizierung. Dieses Screening kann sehr flexibel, d.h. in unterschiedlichen Formaten – mal eher pragmatisch-praxisorientiert und mal exakt-wissenschaftlich – gestaltet sein (siehe Kapitel 5.1). Im Gegensatz zu der **systematischen Aufbereitung konkreter Einwände** beim Akzeptanz-Radar konzentrieren sich Meinungsumfragen eher auf die Identifizierung von Einstellungsmustern und die Intensität dieser, d.h. z.B. bei wie vielen Akteuren sie zu finden sind. Im Vergleich mit dem Akzeptanz-Radar, das vorgebrachte Argumente zunächst herausfiltert und anschließend strukturiert, geben Umfragen damit i.d.R. mögliche Antworten vor und (teil)strukturieren den Antwortbereich bereits im Vorfeld (u.a. AEE 2013, AEE 2014).

Ein zweiter praxisorientierter Schwerpunkt der Arbeiten zur Verbesserung der Akzeptanz gegenüber Technologien, Techniken, Projekten etc. beschäftigt sich mit der Optimierung von Prozessabläufen in Planungen, Umsetzungen und dem Betrieb von Anlagen. Das beinhaltet u.a. Empfehlungen zu Best-Practice-Bespielen (z.B. Canadian Wind Energy Association 2010) oder die Erstellung von Leitfäden (u.a. Jolivet et al. 2008, Baur/Dorfinger 2015, VDI 2015). Bei diesen Arbeiten gibt es Überschneidungen mit dem Vorgehen des Akzeptanz-Radars. So ist ein gleichsam verfolgtes Ziel, die jeweils **wichtigen Stakeholdergruppen** zu **erkennen** und voneinander abzugrenzen. Im Unterschied zum Akzeptanz-Radar mit seinem **pragmatischen** Vorgehen, gehen einige Leitfäden, Stakeholder- oder Netzwerkanalysen allerdings einen Schritt weiter und fragen auch gezielt nach den Beziehungen der Akteure unter- und ihre jeweiligen Wechselwirkungen miteinander (z.B. Ruppert-Winkel et al. 2013: 16 ff., Jolivet et al. 2008: 45 ff.). Gleich ist Leitfäden, Best-Practice-Empfehlungen sowie dem Akzeptanz-Radar, dass sie bestrebt sind, **praxisorientiert** gestaltet zu sein und letztlich auf die Optimierung der Prozesse zielen, die zu einer höheren Anerkennung und einer besseren Umsetzung von – in diesem Fall – EE-Anlagen führen sollen. Im Akzeptanz-Radar findet sich letzterer Aspekt in der **Strategieentwicklung** wieder, welche – wie dargestellt – auf der Auswertung der Einwände und Einwandergruppen sowie fall- oder regional-spezifischem, zusätzlichem Wissen beruht (siehe Kapitel 5.3). Zur fallspezifischen Anpassung ist anzumerken, dass das Akzeptanzradar ein **flexibles Instrument** ist, das sowohl in der Voranalyse als auch der Strategiebildung mit unterschiedlichen Methoden bearbeitet oder auch kombiniert werden kann. Letzteres könnte z.B. mit den erwähnten Stakeholder- oder Netzwerkanalysen geschehen, um auch die Beziehungen der Akteure zueinander herauszuarbeiten und so z.B. die Unterstützer von EE-Projekten bestenfalls mit ihren jeweiligen Handlungspotenzialen identifizieren zu können.

Neben der starken Konzentration auf die Einwände, d.h. deren systematische Aufbereitung und Strukturierung, ist die **Visualisierung der Analyseergebnisse** über die namensgebende Radarabbildung das zentrale und spezifische Merkmal für das Akzeptanz-Radar. Prinzipiell ist der Aufbau des Radars gleich (siehe Kapitel 2.2). Das ermöglicht einen Vergleich der Abbildungen miteinander, d.h. von Darstellungen für unterschiedliche Zeitpunkte, mehrere Kommunen, verschiedene (ähnliche) Themenbereiche oder Projekte. Durch die bildliche Darstellung und den einfachen Radaraufbau wird zudem die **Transparenz** der Analyse gestärkt. Der anschauliche und schnelle Überblick über die wichtigsten Einwandergruppen, Einwände und ihre jeweilige Verhandelbarkeit macht die Ergebnisse leichter nachvollziehbar, einfacher vermittelbar und unterstützt so die sich anschließende Strategieentwicklung sowie deren Umsetzung.

Aus der wiederholten Anwendung und Vergleichbarkeit der Abbildungen resultiert ein weiteres spezifisches Merkmal des Akzeptanz-Radars, die Option auf **Voreinstellungen** (siehe Kapitel 5.3). Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass das

Akzeptanz-Radar zukünftig insbesondere zur Analyse von konkreten Projekten, Zusammenhängen und Fallbeispielen eingesetzt wird. Ähnlich wie andere Konzepte der Prozessoptimierung (siehe oben), werden dabei (gut funktionierende) Einzelfälle oder Fallbeispiele betrachtet, um letztlich unter Berücksichtigung mehrerer Beispiele Systematiken zu erkennen oder eine Methodik zu überprüfen. Auf das Akzeptanz-Radar bezogen heißt das, durch diverse Einzelfallanalysen sollen verallgemeinerbare Einwände, Themenfelder und typische Einwendgruppen identifiziert werden. Mit der visualisierten Ergebnisdarstellung können die Erkenntnisse dieser Abstraktion, aufgrund des gleichbleibenden Radar-Aufbaus in einfacher Weise miteinander verglichen, vermittelt, überprüft und auch fallspezifisch angepasst werden. Der gezielte Einsatz von Voreinstellungen kann in späteren Akzeptanz-Radar-Anwendungen folglich dazu beitragen, differenzierter und konkreter als z.B. allgemein gehaltene Leitfäden dies können, den Problemanalyseprozess Schritt für Schritt zu verschlanken, zu beschleunigen und so auch den pragmatischen Charakter des Akzeptanz-Radars stärken.

6 Ausblick zur Weiterarbeit mit dem Akzeptanz-Radar

Auf Basis der erarbeiteten Erkenntnisse und gemachten Erfahrungen lässt sich feststellen, dass das Akzeptanz-Radar ein hilfreiches Instrument zur Systematisierung von Einwänden und Einwendergruppen darstellt. Es hat einen pragmatisch-praxisorientierten Charakter und kann zur Strategieentwicklung eingesetzt werden. In seiner im W³-Projekt durchgeführten Form ist es allerdings in der Datenerfassung und -auswertung speziell für Praxisakteure zu arbeitsintensiv. Für zukünftige praktisch orientierte Anwendungen ist auf eine straffere Datenerhebung – die zugleich aber alle wichtigen Informationen bereithält – hinzuarbeiten. Zu klären ist diesbezüglich insbesondere, wie vertiefende Ergebnisse möglichst schnell, d.h. mit einem angemessenen Datenerhebungsaufwand, bereitgestellt werden können (z.B. partizipativer Workshop, Medienanalyse, Dokumentenanalyse, teilstandardisierte Fragebögen). Mit Blick auf die Weiterentwicklung des Akzeptanz-Radars wird die Erstellung weiterer Akzeptanz-Radare u.a. im Rahmen von praxisorientierten Forschungsprojekte angestrebt. Dies soll dem weitergehenden Test des bisher erarbeiteten Ablaufs dienen sowie der Entwicklung und Prüfung von Voreinstellungen. Inwieweit solche Voreinstellungen (siehe 5.3 und 5.4) den Bearbeitungsprozess erleichtern und beschleunigen, gilt es in weiteren Arbeiten zu klären.

Kommt das Akzeptanz-Radar zur Bearbeitung explizit wissenschaftlicher Fragestellungen zum Einsatz, ist dessen pragmatischer Charakter zu reduzieren. In diesem Fall ist, anders als beim praxisorientierten Einsatz, eine höhere Genauigkeit bzw. Trennschärfe z.B. bei der Definition der Einwendergruppen oder der Zuordnung der Einwände zu den Einwandtypen bzw. deren Abgrenzung zueinander gefragt.

Bezüglich der Visualisierung, einem der zentralen Merkmale des Instruments, soll exemplarisch für das Akzeptanz-Radar der Region Tirschenreuth, das sehr viele

Elemente aufweist, eine Möglichkeit erarbeitet werden, mit der eine zu hohe Zahl dargestellter Elemente reduziert und damit die Übersichtlichkeit gestärkt werden kann, ohne an Aussagekraft einzubüßen.

Perspektivisch ist darüber hinaus zu prüfen, ob die Grundannahme stimmt, wonach die Verhandelbarkeit der Einwände von innen nach außen d.h. von systemischen hin zu verfahrensbezogenen Einwänden zunimmt. So wurden im Rahmen des W³-Projekts rechtliche Vorgaben beispielsweise dem verfahrensbezogenen Einwandtyp zugeordnet, da diese am ehesten in diese Kategorie passten. Allerdings haben regionale Akteure i.d.R. wenig Einfluss auf die Gestaltung gesetzlicher Vorgaben. Möglicherweise ist dieses Problem durch die Einführung einer weiteren Kategorie zu lösen.

Im Arbeitsprozess des W³-Forschungsprojekts wurde das Akzeptanz-Radar, wie erwähnt, nicht bis zu Ende, d.h. bis zur systematisch angewandten Strategieentwicklung für alle Untersuchungsregionen durchdekliniert. Vielmehr flossen die Erfahrungen und die Erkenntnisse zu den regional identifizierten Einwänden verstärkt in die Entwicklung eines weiteren Instruments, das Wohlstandsradars, ein. Mit dem Wohlstandsradar werden Umsetzungsoptionen von EE-Projekten auf ihren Mehrwert hin bewertet, den die Projekte für die Region erbringen. Dieser Bewertung liegt eine gemeinwohlorientierte Sichtweise zugrunde, die auf einem erweiterten Wohlstandsverständnis fußt. Somit fließen nicht nur ökonomische Aspekte wie beispielsweise Steuereinnahmen für Kommunen oder Gewinne für regionale Unternehmen mit in die Bewertung ein, sondern auch soziale und ökologische Faktoren (z.B. Verteilungsgerechtigkeit, soziales Engagement, Klimaschutzaktivitäten oder Biodiversitätsmaßnahmen). Die im Akzeptanz-Radar identifizierten Einwände gegenüber erneuerbaren Energien bzw. Ableitungen aus diesen waren eine hilfreiche Quelle für die Erstellung des Sets an Bewertungskriterien für das Wohlstandsradar. An der Ableitung von Erkenntnissen aus dem Akzeptanz-Radar für die Kriterienerstellung beim Wohlstandsradar wird daher weiter geforscht.

Literatur

- Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) (Hrsg.) (2013):** Akzeptanzumfrage 2013 – Renew's Kompakt 18.09.2013 (unter: http://www.unendlich-viel-energie.de/media/file/173.AEE_RenewsKompakt_Akzeptanzumfrage_Sep13.pdf - Stand: Oktober 2015).
- Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) (2014):** Akzeptanzumfrage 2014 (unter: <http://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz2/akzeptanzumfrage/akzeptanzumfrage-2014> - Stand: Oktober 2015).
- Baur, A./ Dorfinger, P. (2015):** Draft Social Acceptance Pathways (SAPs) – Förderung von Windenergieprojekten: Leitfaden zur strategischen Kommunikation, Konsultation und Beteiligung (unter: http://wisepower-project.eu/wp-content/uploads/150529_Draft_SAPs_dena_final.pdf - Stand: Oktober 2015).
- Canadian Wind Energy Association (CANWEA) (2010):** Wind energy development – Best practices for community engagement and public consultation (unter: <http://canwea.ca/pdf/canwea-communityengagement-report-e-final-web.pdf> – Stand: Oktober 2015).
- C.A.R.M.E.N. e.V. (Hrsg.) (2014):** Akzeptanz für Erneuerbare Energien – ein Leitfaden (unter: http://www.carmen-ev.de/files/Sonne_Wind_und_Co/Akzeptanz/Akzeptanzbroschuere.pdf – Stand: Oktober 2015).
- Gloede, F./ Hennen, L. (2005):** Einführung in den Schwerpunkt. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis Nr. 3, 14. Jahrgang, S. 4-12
- Herbes, C./ Jirka, E./ Braun, J.P./ Pukall, K. (2014):** Der gesellschaftliche Diskurs um den „Maisdeckel“ vor und nach der Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) 2012; in: GAIA 23/2 (2014).
- Jolivet, E. et al. (2008):** General Manual for the application of the ESTEEM tool (unter: <http://www.esteem-tool.eu/fileadmin/esteem-tool/docs/ESTEEMmanual.pdf> - Stand: Oktober 2015).
- Renn, O. (2005):** Technikakzeptanz: Lehren und Rückschlüsse der Akzeptanzforschung für die Bewältigung des technischen Wandels. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis Nr. 3, 14. Jahrgang, S. 29-37
- Ruppert-Winkel, C. et al. (2013):** Die Energiewende gemeinsam vor Ort gestalten - Ein Wegweiser für eine sozial gerechte und naturverträgliche Selbstversorgung aus Erneuerbaren Energien – Schwerpunkt Bioenergie (unter: http://www.ee-regionen.de/fileadmin/EE_Regionen/redaktion/Wegweiser/EE-Regionen_Wegweiser_2013.pdf - Stand: Oktober 2015).
- Schön, S./ Wendt-Schwarzburg, H./ Wurbs, S. / Haack, Y. (2013):** Empörungsmanagement... oder Akzeptanz-Radar? Vorausschauende Vorhabenplanung, In: Schön, S. / Mohajeri, S. / Dierkes, M. (Hrsg.): Machen Kläranlagen glücklich? Ein Panorama grenzüberschreitender Infrastrukturforschung, Berlin, S. 88 - 95.
- Schweizer-Ries, P./ Rau, I./ Zoellner, J./ Nolting, K./ Rupp, J./ Keppler, D. (2010):** Projektabschlussbericht „Aktivität und Teilhabe – Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern“ (unter: http://www.kommunal-erneuerbar.de/fileadmin/content/PDF/fg-opsy_akzeptanz.pdf - Stand: August 2015).
- Verein Deutscher Ingenieure (VDI) (2015):** VDI 7000 – Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten.